

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 1, Jänner 2019 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Mieter zahlen drauf!

BUWOG: Die Folgen einer Privatisierung

Seite 4



Wir wünschen allen
Grazerinnen und Grazern viel
Glück und Gesundheit im Neuen Jahr



DER BALL FÜR ALLE

Erlös für Stadtteilzentrum Triester

KPO

Sa. 26.1. 2019 • 20 Uhr
Reservierungen: 0316/ 71 24 29

VOLKSHAUS REDOUTE 2019

ZITIERT



„Viele fürchten sich vor dem Ende der Welt. Wir fürchten uns vor dem Monatsende, weil uns das Geld ausgeht“. Ein Sprecher der französischen Gelbwesten, Dez. 2018.

„So hat sich laut einer Analyse des Beratungsunternehmens McKinsey die weltweite Verschuldung (Bankkredite, Anleihen usw.) von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors zwischen 2007 und 2017 mehr als verdoppelt. Sie mache nun 66 Bio. US-Dollar aus, was einer Quote von 92% des globalen Bruttoinlandsprodukts entspreche“. Zeitschrift Sozialismus, Jan. 2019.

„Der Euro bleibt strukturell instabil. Die nächste Krise könnte ihn gegen die Wand fahren“. Martin Schirdewan, MEP, Die Linke, 13. 12. 2018.

„Das (deutsche) Bundesverkehrsministerium (BMVI) hat allein in den Jahren 2017 und 2018 rund 26 Millionen Euro an Beraterhonoraren bei der Pkw-Maut und etwa 22 Millionen Euro bei der Lkw-Maut ohne interne Wirtschaftsprüfung vergeben.“ Tagesspiegel, 21. Dezember 2018.

„Man kann uns die Zuständigkeit für den Bereich Wohnen entziehen, das ist ja auch geschehen, man kann uns aber nicht die Kompetenz in diesem Bereich entziehen oder absprechen.“ Manfred Eber, Grazer KPÖ-Gemeinderat, 13. 12. 2018.

„Im Grunde genommen halten uns Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, den Spiegel vor's Gesicht“. Pfarrer Pucher, Kronenzeitung, 23. 12. 2018.

„In der EU gibt es Platz für Sozialisten, aber es gibt dort keinen Platz für den Sozialismus“. Flammen, Schwedische Wochenzeitung, 20. 12. 2018.

TAG DER OFFENEN KONTEN

Über zwei Millionen

Im Dezember 2018 legten die KPÖ-Mandatare die Verwendung ihrer Gehälter offen. Bereits zum 21. Mal wurde damit öffentlich gezeigt, wieviel Geld aus ihren Gehältern an Menschen in Notlagen weitergegeben wurde.

„Vor genau 20 Jahren (Dezember 1998) hat Ernest Kaltenegger Rechenschaft begonnen Rechenschaft darüber abzulegen, wer, in welcher Höhe und zu welchem Zweck aus seinem Gehalt eine Unterstützung bekommt.“ Darauf wies Stadträtin Elke Kahr die Medienvertreter am 28. Dezember 2018 hin.

Zwei Drittel des Gehalts spendet

Stadträtin Elke Kahr und Stadtrat Robert Krotzer helfen mit zwei Dritteln ihrer Gehälter (inklusive Urlaubs- und Weihnachtsgeld) Leuten in Notlagen, was 2018 126.000 Euro ausgemacht hat.

Mit den Unterstützungen der KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg waren es 2018 175.556 Euro, mit denen die vier Mandatare 1.637 in Not geratene Personen und Familien unterstützt haben.

Seit 1998 wurden insgesamt bereits 2.126.558 Euro an 16.386 Familien und Personen überwiesen.

Offene Türen

„Dieses Jahr waren 3.000 Menschen bei uns im Rathaus. Unsere Bürotüren stehen weiterhin für alle offen, die Rat und Hilfe brauchen. Mit Robert Krotzer haben wir einen zweiten Stadtrat erreicht. Dadurch haben wir jetzt noch mehr Möglichkeiten, den Menschen zu helfen,“ sagte Elke Kahr.

Robert Krotzer ist seit April 2017 Grazer Gesundheitsstadtrat und hat 2018 erstmals über das gesamte Jahr sein Gehalt bezogen. Deshalb wuchs der KPÖ-Sozialfonds um zusätzlich 40.000 Euro an.



Wohnen ist Grundlage des Daseins

Und die Not in Graz wird nicht kleiner. „Hauptthema bleibt das teure Wohnen. Aber wir merken auch, dass die Unterstützung im Bereich der Schul- und Ausbildungskosten heuer besonders hoch war“, so Elke Kahr und nennt etwa die Hilfe beim Kauf eines Schul-Laptops für den Sohn einer alleinerziehenden und berufstätigen Mutter oder Unterstützungen bei Schulschikursen, welche sich mittlerweile auch berufstätige Eltern für ihre Kinder nur schwer leisten können.

„Beim Tag der offenen Konten geht es nicht um Almosen. Es ist ein klarer Auftrag, an den Verhältnissen etwas zu verändern“, erklärt Robert Krotzer den Beweggrund der KPÖ, auf einen Großteil des Gehaltes zu verzichten. „Die Vermögensschere geht in Österreich immer weiter auseinander. Rund 40 Prozent des Vermögens in Österreich liegen in den Händen von einem Prozent! Zugleich wird das tägliche Leben für immer mehr Menschen zusehends schwieriger“, so Robert Krotzer.

Politikergehälter viel zu hoch

Den größten Anteil an den Unterstützungsleistungen nimmt



Soziales darf nicht untergehen: Elke zwei Drittel ihres Gehalts an Menschen spendet. Am Tag der offenen

die Unterstützung für den Lebensbedarf und für Gesundheitsleistungen ein. Darunter fallen u. a. Beihilfen für notwendige Heilbehelfe, den Kauf von Lebensmitteln, Kleidung, Therapiekosten, Spitals- und Arztkosten. In diesem Bereich wurden 1.043 Menschen und Familien unterstützt.

Zum Recht verhalten

„Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt. Wer von einem geringen oder auch durchschnittlichen Einkommen leben muss, hat oft Sorgen, die Politiker mit hohem Einkommen gar nicht mehr nachvollziehen können“, sagt KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler. „Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass

in 21 Jahren



Kahr, Robert Krotzer und Claudia Klimt-Weithaler geben jeden Monat schen weiter, die es sehr schwer haben. Alles, was darüber hinausgeht Konten wird Rechenschaft über die Verwendung dieser Gelder abgelegt.

bei den politischen Bezügen gespart wird und nicht bei den Menschen.“

In den Stadtratsbüros von Elke Kahr und Robert Krotzer werden aber nicht nur finanzielle Überbrückungshilfen ausbezahlt. In erster Linie geht es darum,

Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen. Erst wenn keine öffentlichen Stellen mehr helfen können, springt die KPÖ auch mit Zuzahlungen ein. Abschließend bringt es Elke Kahr auf den Punkt: „Wir wollen den Leuten wieder Mut geben. Das ist der Sinn unserer politischen Arbeit.“

Im Jahr 2018 wurden die Mittel wie folgt eingesetzt:

Verwendungszweck	Betrag	Unterstützte
Lebensbedarf, Gesundheit	€ 71.744	1043
Heilbedarf	€ 7.895	28
Wohnungssanierungen	€ 3.162	16
Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen)	€ 47.125	255
Strom- und Heizkosten	€ 13.672	115
Reparaturen von Haushaltsgeräten, Boiler, Möbel	€ 8.707	53
Kautionen, Mietvertragsgebühren, Verfahrenskostenhilfe	€ 21.594	113
Spenden an soziale Initiativen und Vereine	€ 1.656	14
Gesamtausgaben für Unterstützungen	€ 175.556	1637

MEINE MEINUNG



Stadträtin Elke Kahr

Soziales darf nicht untergehen!

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Man wirft uns manchmal vor, wir würden „Almosenpolitik“ machen oder „Armutsverwaltung“. Es ist aber so, dass viele Menschen Probleme haben, mit ihrem Lebensunterhalt auszukommen. Wir reden mit den Leuten, wir versuchen zu helfen, wo wir können, und wir hören zu.

Wenn man sich die hohe Politik genauer anschaut, dann merkt man bald, dass es dabei vor allem um mediengerechte Auftritte, um die Inszenierung, um das Schaffen von Feindbildern und oft auch um die Verschleierung der eigentlichen Absichten geht. Die schwarz-blaue Regierung gibt uns fast täglich einen Anschauungsunterricht. Sie will verschleiern, dass es vielen Menschen nicht so gut geht.

Niemand von uns ist aber davor gefeit, selbst eines Tages in eine Notlage zu geraten. Es gibt Leute, für die es ein großes Problem ist, die Wohnung heizen zu können. Oder sie wissen nicht, wie sie die nächste Miete zahlen sollen.

Es ist völlig falsch, wenn Politiker, die ein sehr hohes Einkommen haben, auf Kosten von Menschen mit kleinen Einkommen sparen wollen. Im Gegenteil: Gerade jetzt ist es notwendig, Solidarität mit allen Grazerinnen und Grazern zu zeigen und auf die Leute besonders zu schauen, denen es nicht gut geht.

Unsere Arbeit braucht keine Inszenierung. Sie ist aber wichtig und nützlich.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im Rathaus:

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Oje! Der Bürgermeister hat schon wieder eine neue Idee. Das wird teuer – für uns alle.

AUS DEM INHALT

Was wurde aus der BUWOG4-5
Verkehr in Graz.....6-7
Neue Geh- und Radwege.....8
Straßenbahn-Ausbau.....9
Pflege zuhause..... 10-11
Unsoziale Steuerreform 12
Plabutschgondel-Umfrage..... 13
Aus den Stadtbezirken 14-15
Aus dem Gemeinderat 16
Wirtshaus Wagner 17
Grünraum in Graz / Impressum 18
Smartmeter-Information..... 19
Leserbriefe.....26
Tierecke, Rätsel..... 27

Deutscher Immobilienkonzern kaufte

Wohnen ist so teuer wie noch nie. Weil niemand ohne Wohnung leben kann, wird bei den Mieten das Letzte aus den Leuten herausgeholt. Möglich gemacht wurde dies unter anderem durch die Privatisierung der österreichischen Bundeswohnungen.

BUWOG

Einiges hat sich geändert, seit die Republik Österreich im Jahr 2004 unter Finanzminister Karl-Heinz Grasser die rund 62.000 Bundeswohnungen billig an den privaten Immobilienmarkt verkauft hat. Doch seit 2017 der größte deutsche Immobilienkonzern Vonovia mit Sitz in Bochum die BUWOG geschluckt hat, droht ernsthaft Ungemach. Denn Vonovia ist ein Konzern, der laut deutschen Medien riesige Gewinne macht, indem er den Mietern ganz ordentlich in die Taschen greift.

Rund 400.000 Wohnungen umfasst das Portfolio der Vonovia derzeit. Das Unternehmen, das 2017 3,6 Mrd. Euro Jahresumsatz und mit mehr als 2,4 Milliarden um 110 Millionen mehr Gewinn als 2016 gemacht hat, hat laut Berichten in deutschen Medien (Der Spiegel, NDR, Junge Welt

und andere) ein lukratives Geschäftsmodell entwickelt. Teure Modernisierungen und fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen bilden die Säulen der perfiden Geschäftsmethoden.

Winterdienst um 1900 Prozent teurer

Dafür gründet Vonovia Tochterfirmen, die von der Vonovia selbst mit Modernisierungen sowie der Erledigung von Dienstleistungen beauftragt werden, welche vormals von externen Firmen erledigt wurden (Winterdienst, Hausmeistertätigkeiten, Gartenpflege, Handwerksarbeiten). Man möchte meinen, dass dadurch die Kosten für die Mieter sinken würden. Stattdessen aber steigen sie zum Teil exorbitant, wie Spiegel Online im November letzten Jahres deutschlandweit recherchiert hat.

Dort werden beispielhaft



Protziges Hauptquartier des Vonovia-Konzerns in Bochum. Ihm gehören die BUWOG-Wohnungen heute.

Foto: Vonovia

aufgezählt: Verdreifachung der Kosten für den Winterdienst in einer Wohnanlage in München, Steigerung der Kosten für die Pflege der Außenanlagen in einer Dresdner Wohnanlage um 70 %, Teuerung beim Winterdienst um 1900 % nebst Erhöhung der Kosten für den Hauswart um 135 % in einer Hamburger Wohnanlage, um 164 % höhere Müllgebühren und 60 % höhere Wassergebühren sowie eine Steigerung bei den Beleuchtungskosten um 223 % in einem Fall in Magdeburg usw.

350 Tochtergesellschaften

Warum das so ist? Vonovia stellt sich die Leistungen der Tochterfirmen selbst in Rechnung und reicht die Kosten an die Mieter weiter. Die Gewinne

der Tochtergesellschaften fließen dann an den Mutterkonzern zurück. Laut Spiegel ist es mittlerweile ein Geflecht aus 350 Tochterunternehmen, das die Abzocke im großen Stil befeuert. Und die Geschäftsfelder werden immer mehr ausgeweitet: Neben der Verrechnung von klassischen Hausverwaltungsaufgaben kassiert Vonovia mittlerweile auch für TV und Internet, Verbrauchserfassung bei Heizung und Warmwasser usw. in den konzernerzogenen Anlagen.

Geplant ist laut Geschäftsbericht 2017 außerdem ein Vorstoß in die Bereiche dezentrale Energieversorgung sowie Home-Automation.

Fehlerhafte Abrechnungen

Hinzu kommen fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen: So werden beispielsweise Kosten für Aufzugwartung berechnet, auch wenn es in der Anlage gar keinen Aufzug gibt, es kommt zu Doppelbuchungen, Leistungsnachweise können nicht erbracht werden und dgl. Auf Reklamationen wird nur sehr zögerlich reagiert. Recht bekommt, wer hartnäckig bleibt bis hin zur Klagsdrohung bzw. Rechtsstreitigkeiten vor Gericht, die in der Regel mit einem Vergleich enden.

Die Erfahrungen einer ehemaligen Grazer BUWOG-Mieterin nach ihrem Auszug aus der Mietwohnung könnten einen Vorgeschmack auf das geben, was auch zahlreichen anderen österreichischen Vonovia-„Neukunden“ blüht: Im Juni war sie ausgezogen, monatelang wartete



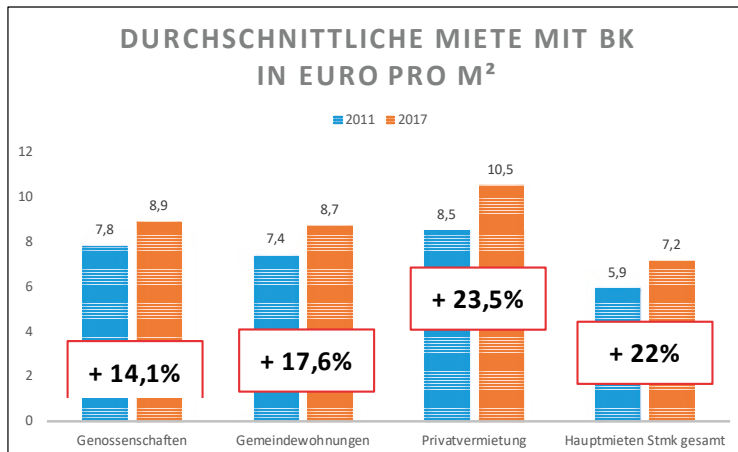
In Graz gibt es zahlreiche BUWOG-Wohnanlagen.

62.000 Wohnungen



Die Mieter wurden den Gewinninteressen privater Wohnungskonzerne ausgeliefert.

sie auf die Rückzahlung ihrer Kautions. Ein per Mail zugesicherter Auszahlungstermin wurde nicht eingehalten, ein weiterer, telefonischer, ebenfalls nicht. Nach mehreren vergeblichen Telefonaten, zuletzt mit Deutschland, die kein Ergebnis brachten, ging sie zu Gericht und erstattete am 8. 10. Betrugsanzeige. Erst dann reagierte die BUWOG und zahlte die Kautions am 7. November – fünf Monate nach der ordnungsgemäßen Rückstellung der Wohnung – aus.



Die durchschnittliche Miete ist bei Privatvermietungen in der Steiermark in sechs Jahren um knapp ein Viertel gestiegen. (Daten: Statistik Austria. Diagramm: KPÖ Graz)



Wohnbeihilfe - nicht aufgeben!

Die Wohnunterstützung (früher Wohnbeihilfe) gilt für alle Wohnungen mit einem Hauptmietvertrag. Ob man Wohnunterstützung bekommt, hängt ausschließlich vom Einkommen ab. Aber: Die Wohnbeihilfe hat sich in den letzten Jahren mehrmals geändert. Deshalb: **Nicht aufgeben! Stellen Sie erneut einen Antrag!** Bei Fragen können Sie sich gerne und jederzeit an den KPÖ-Mieternotruf wenden.

Von BUWOG bis VONOVIA Chronologie der Privatisierung

2004 wurden 62.000 BUWOG – Wohnungen der Republik Österreich gemeinsam mit 5,1 Mio. Quadratmetern unbebauter Grundstücke, 400 Gewerbeimmobilien und 23.000 Parkplätzen privatisiert. Sie gingen zum Schnäppchenpreis an die Immofinanz, die mit 961 Millionen Euro gerade eine Million mehr bot als ihr Konkurrent CA Immo. Der als Finanzminister verantwortliche Karl-Heinz Grasser wollte von der Weitergabe von Insider-Informationen durch seine Freunde – Ex-FPÖ-Generalsekretär Meischberger war Grassers Trauzeuge, Peter Hohegger Grassers enger Berater – nie etwas gewusst haben..

2009 wurden bei Razzien bei der Immofinanz Nachweise für Zahlungen von 9,6 Mill. Euro an Peter Hohegger gefunden, die als Erfolgshonorar bei der Buwog-Privatisierung geflossen sein sollen.

2014 wurde die BUWOG von der Immofinanz abgespalten und an die Börse gebracht.

2017 erfolgte der Verkauf um 5,2 Mrd. Euro an den Deutschen Immobilienkonzern Vonovia.

Seit der Privatisierung durch die schwarz-blaue Bundesregierung 2004 hat sich der Preis für die BUWOG-Immobilien mehr als verfünffacht!

Ende 2017 begann der Korruptionsprozess gegen Grasser und 14 Mitangeklagte.

KPÖ-Wohnpaket

Ausführliche Informationen unter

www.kpoe-graz.at/wohnpaket





§§ RECHT GEFRAGT §§



Ist die Mieterhöhung korrekt?

Von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte
im Büro von Stadträtin Elke Kahr

In diesen Tagen sehen sich viele Mieter wieder mit Mieterhöhungen konfrontiert. Dabei sind die Ausmaße der Erhöhungen ebenso unterschiedlich wie deren Rechtsgrundlagen. Aus aktuellem Anlass zwei Beispiele:

Indexanpassung: Eigentlich keine „echte“ Mieterhöhung, sondern eine Anpassung der Miete aufgrund einer im Mietvertrag vereinbarten Wertsicherungsklausel. In vielen Fällen wird diese wirksam, wenn der Verbraucherpreisindex wieder um 5% gestiegen ist. Aber auch andere Vereinbarungen sind möglich.

Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag (EVB): In Genossenschaftswohnungen ist der EVB Teil der Mietzinsvorschrift. Seit 1.7.2016 wird er neu berechnet: Bis zu einem Gebäudealter von 5 Jahren beträgt der EVB 50 Cent pro m². Ab dem sechsten Jahr kann er jährlich um 6 Cent/m² erhöht werden, bis die Maximalgrenze von 2 Euro/m² erreicht ist.

Indexanpassung und EVB haben eines gemeinsam: Der Vermieter kann von der Erhöhungsmöglichkeit Gebrauch machen, muss es aber nicht. Für Mieter gibt es daher oft böse

Überraschungen, wenn der Vermieter mehrere Erhöhungsmöglichkeiten auslöst und dann zu einem späteren Zeitpunkt auf den aktuell erlaubten Betrag erhöht. Dadurch entstehen nicht selten hohe Mietensprünge. Noch unangenehmer kann es werden, wenn der Vermieter etwa die Indexanpassung auch noch rückwirkend auf drei Jahre geltend macht. Das darf er aber nur in bestimmten Fällen. Wenn Sie also Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Mieterhöhung haben, nehmen Sie unbedingt die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch!



Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen und Mieten haben, stehen Ihnen Stadträtin Elke Kahr und ihr Team (Rathaus, Tel. 0316/872-2064) sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

25 Jahre Druckknopfampel Kleines Kastl – großer Nutzen

620 Fußgängerübergänge in Graz sind mit Druckknopfampeln ausgestattet. Damit sorgen 1240 Geräte tagtäglich für ein sicheres und barrierefreies Queren belebter Straßen. Die erste Anlage wurde 1994, vor rund 25 Jahren, in Betrieb genommen.

Die kleinen blauen oder gelben Geräte können mehr, als man glauben möchte. Wer Grün haben will, drückt den Knopf auf der Vorderseite. Wird er mehrmals hintereinander gedrückt, wird die Wartezeit zwar vielleicht kurzweiliger, aber sicher nicht kürzer.

Zusätzlich gibt es seitlich an den Geräten eine genaue Beschreibung der Kreuzungssituation, die von Personen mit Sehbehinderungen ertastet werden kann. Die Lautstärke des akustischen Signaltons passt sich automatisch an den Umgebungslärm an.

Der Knopf unten am Gerät ist ausschließlich für Menschen mit Behinderungen gedacht: Wird er gedrückt, ändert sich bei Grünlicht das akustische Signal und der Knopf beginnt zu vibrieren. So kommen Blinde, Seh- und Hörbehinderte sicher über die Straße. Die Grünphase dauert etwas länger als sonst, damit Menschen mit Behinderungen genug Zeit zum Überqueren der Straße haben.

Viele Druckknopfampeln müssen von Personen ohne Beeinträchtigungen aber gar nicht betätigt werden. Sie sind ohnehin automatisch geregelt. „Akusti-



sche Ampeln, wo das Grünsignal von allen angefordert werden muss, werden wir demnächst mit eigenen Schildern mit der Aufschrift „Bitte drücken“ ausstatten, um Klarheit zu schaffen“, verspricht Stadträtin Elke Kahr.

Die Grünphasen sind übrigens so eingestellt, dass man auch in einem mäßigen Gehtempo leicht über die Straße kommt. „Wenn man sich auf dem Schutzweg befindet und es wird rot, einfach weitergehen. Es bleibt genug Zeit, um auf die andere Straßenseite zu kommen, bevor der Autoverkehr grünes Licht bekommt“, versichert Cagran-Hohl, Leiter der Abteilung für Verkehrssignalanlagen.

Die Länge der Grünphasen für Fußgänger wird überall in Österreich gleich berechnet: Man geht von einer Gehgeschwindigkeit von 4 km/h bzw. 1,2 m/sec. aus.

Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. 0316 **71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Elke Kahr. **KPO**

Aktuelle Baustellen in Graz:

Sie benötigen genaue Infos zu Grazer Baustellen? Täglich aktualisierte Daten zu Baustellen finden Sie unter: www.graz.at/baustellen

„Wenn einer fährt, muss ein anderer warten“

DI Bernd Cagran-Hohl, seit sieben Jahren Leiter der Abteilung für Verkehrssteuerung, spricht im Interview über die Problematik der Grünen Welle, Herausforderungen in seinem Job und die Zukunft der Verkehrsinformation in Graz.

GRAZER Stadtblatt: Als Leiter der Abteilung, der für Verkehrssteuerung und damit für sämtliche Ampelschaltungen in Graz zuständig ist, haben Sie eine verantwortungsvolle Position. Was ist dabei die größte Herausforderung?

Cagran-Hohl: Die vielfältigen Ansprüche im Straßenverkehr müssen unter einen Hut gebracht werden. Das wird immer schwerer, denn in einer wachsenden Stadt wie Graz nimmt auch das Verkehrsaufkommen zu.

Wer soll da jetzt eigentlich bevorzugt werden? Die Fußgänger, die Radfahrer, der Autoverkehr oder die Öffis?

Cagran-Hohl: Unser Ziel ist es nicht, möglichst viele Fahrzeuge zu bewegen, sondern für die größtmögliche Mobilität zu sorgen, das heißt, in möglichst kurzer Zeit auf der vorhandenen - knappen - Fläche möglichst viele Personen sicher von A nach B zu befördern. Daher bevorzugen wir den öffentlichen Verkehr (Ziel: „Wartezeit Null“) und setzen auf kurze Wartezeiten für Fußgänger und Radfahrer. Dieses Ziel hat sich über viele Jahre schon nicht verändert, über diverse politische Zuständigkeiten hinweg.

Sollte man nicht auch auf die Grüne Welle setzen, um den KFZ-Verkehr flüssig zu gestalten?

Cagran-Hohl: Der Begriff Grüne Welle klingt vielversprechend, aber man muss dabei bedenken: Wenn der Verkehr in eine Richtung bevorzugt wird, z. B. auf der Hauptstraße, müssen alle anderen warten. Daher ist die Grüne Welle nur unter idealen Bedingungen ohne Diskriminierung anderer Verkehrsteilnehmer möglich. Wir müssen aber die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

Welche Gruppe von Verkehrsteilnehmern ist in Graz eigentlich am größten?

Cagran-Hohl: Die Verteilung auf die einzelnen Gruppen nennt man „Modal Split“. 2013 wurde er zuletzt erhoben. Dabei betrug der Anteil der KFZ-LenkerInnen 37%, 9% waren MitfahrerInnen, 20% haben den öffentlichen Verkehr genutzt, 15% das Fahrrad und 19% waren zu Fuß unterwegs. Die aktuellen Daten werden gerade erhoben und noch heuer ausgewertet. Unser Ziel ist es, dass der Anteil der Radfahrer, Fußgänger und Öffi-Nutzer gegenüber dem Autoverkehr zunimmt.

Wie kann man die Leute zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegen?

Cagran-Hohl: Grünes Licht für die Öffis allein reicht nicht. Notwendige Verbindungen und Kapazitäten müssen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Dazu zählt der Straßenbahnausbau ebenso wie größere Busse und Straßenbahnen.

Viele Bewohner wünschen sich mehr Schutzwege. Man wird aber das Gefühl nicht los, dass die Zahl der Zebrastreifen kleiner wird anstatt größer.

Cagran-Hohl: Der „Schutzweg“ bietet tatsächlich nicht den Schutz, den seine Bezeichnung glauben macht. Die Aufmerksamkeit der Autofahrer

Zuviele Autos behindern sich gegenseitig. Laut Bernd Cagran heißt die Lösung mehr „Sanfte Mobilität“ (Öffis, Rad- und Fußverkehr).

rer vor Zebrastreifen wird immer kleiner, je mehr Zebrastreifen es gibt. Daher muss genau abgewogen werden, wo ein Zebrastreifen Sinn macht und wo nicht. Um das festzustellen, werden die Anzahl der Fahrzeuge und die der Querungen ermittelt und Berechnungen angestellt. Bei zwei Richtungsfahrbahnen müsste zusätzlich zum Zebrastreifen eine Ampel errichtet werden. In diesen Fällen ist zu überlegen, ob überhaupt zwei Fahrstreifen notwendig sind. Die Reduktion auf einen Fahrstreifen und die Errichtung einer Mittelinsel können ein gangbarer Weg sein. Am Marburger Kai beispielsweise haben wir diese Lösung gefunden.

Was gefällt Ihnen in Ihrem Job, was motiviert Sie?

Cagran-Hohl: Ich merke, ich kann etwas bewegen und es geht etwas weiter trotz stetig steigender Verkehrsmengen und beschränkter Platzverhältnisse. Bei meiner Tätigkeit gibt es immer neue Herausforderungen, die ich gerne annehme. Auch freue ich mich, dass meine Arbeit Anerkennung findet.

Was sind Ihre Ziele für 2019?

Cagran-Hohl: Der Schwerpunkt für dieses und nächstes Jahr wird im Bereich Verkehrsinformation



DI Bernd Cagran-Hohl, Leiter der Abteilung für Verkehrssignalanlagen

Störungen im Ampelsystem oder bei der Straßenbeleuchtung?

Sie können sich an das Straßenamt wenden (strassenamt@stadt.graz.at, Tel. 0316 872-3650, oder Ihre Beobachtung online auf trafficcheck.at bekanntgeben.

liegen. Wir arbeiten an der Umsetzung eines Echtzeitinformationssystems über Störungen und Baustellen. Das österreichweite System „Echtzeit Verkehrsinformation Straße Österreich“ (EVIS. AT) wird die Verkehrssteuerung in Zukunft ganz wesentlich verändern und verbessern.



Ausbau von Fuß- und Radverkehr

Ein Schwerpunkt des Verkehrsressorts liegt auch im kommenden Jahr auf dem Rad- und Fußverkehr. Stadträtin Elke Kahr hat die vom Gemeinderat beschlossenen Vorhaben gemeinsam mit der Leiterin der Verkehrsplanung, DI Barbara Urban, DI Helmut Spinka und DI Peter Kostka vorgestellt.

RADWEG-AUSBAU

Geplant sind folgende Maßnahmen beim Radwegeausbau:

- Keplerstraße: Marienplatz bis Bahnhofsgürtel, Verbesserungen Geh- und Radweg - Hochhebung und taktile Trennung
- Keplerstraße: Josefigasse bis Keplerbrücke. Verbesserungen Geh- und Radweg - Hochhebung und taktile Trennung
- Ursprungweg - Stattegger Straße, Geh- und Radweg
- Hafnerriegel, Verbesserungen bei den Geh- und Radwegen
- Friedhofgasse, Geh- und Radweg
- Triester Straße und Herrgottwiesgasse, Geh- und Radweg
- Lauzilgasse und Sturzgasse, Geh- und Radweg
- Strasserhofweg – Statteggerstraße, Geh- und Radweg
- Gradnerstraße Geh- und Radweg (Gemeinsam mit Land Steiermark)

Neue Rad-Abstellanlagen

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Errichtung neuer, qualitativvoller Radabstellanlagen in der Innenstadt dar. Testanlagen (Münchner Modell) wurden am Eisernen Tor und in der Stubenberggasse bereits errichtet, eine mobile Bügelvariante (Salzburger Modell) kommt in der oberen Schmiedgasse.

Um die Radabstellanlagen möglichst verfügbar zu halten, werden 2019 auf Initiative von Stadträtin Elke Kahr die Intervalle der Schrottradsammlungen erhöht.

GEHSTEG-AUSBAU

An Fußverkehrsmaßnahmen ist folgendes in Arbeit:

- Hafnerstraße
- Schwarzer Weg
- Puchstraße,
- Herrgottwiesgasse
- Laboratoriumstraße
- Sternäckerweg
- Kasernstraße
- Kadettengasse
- Johann-Haiden-Straße
- Thaddäus-Stammel-Straße
- Münzgrabenstraße
- Wagnerweg
- Petrifelderstraße/Dammweg
- Ulmgasse



Radgipfel in Graz

„Es freut uns, dass vom 27.-29. Mai 2019 der österreichische Radgipfel in Graz abgehalten wird“, sagt Stadträtin Elke Kahr.

Neue Radabstellanlage in der Stubenberggasse



Elternhaltestelle Nibelungengasse

Der neugestaltete Straßenraum vor der Volksschule Nibelungengasse ist gut angekommen. Allerdings wurde die „Elternhaltestelle“, an der nur zum Aus- und Einsteigen lassen gehalten werden darf, oftmals durch Dauerparker blockiert.

Jetzt wurde eine bunte Tafel installiert, die auf die Elternhaltestelle besser aufmerksam machen soll.

Das Motiv haben Kinder der Volksschule Andritz gestaltet. Dort haben sich die Tafeln bewährt. Deshalb wurden sie auch

in der Nibelungengasse aufgestellt. Nachgerüstet wurden

auch einige Plastikpoller, um ein Gehsteigparken zu unterbinden.



Straßenbahn nach Südwesten

Dieser Tage erfolgt der Startschuss für den Ausbau der Reininghaus-Linie. Gemeinsam mit der Verlängerung zur Smart City und der Innenstadtentflechtung wird in den kommenden Jahren die größte Erweiterung des Grazer Straßenbahnnetzes umgesetzt.

Dennoch ist es jetzt schon notwendig, weiter zu planen – vor allem in Richtung Südwesten.

Der Südwesten ist das Stadtgebiet mit dem größten Bevölkerungszuwachs und hat den Nachteil, dass er bisher nicht mittels Straßenbahn erschlossen ist. Gegenüber Bussen haben Straßenbahnen aber nicht nur den Vorteil der größeren Kapazitäten, sondern auch des um gut 40 Prozent höheren Einstie-

gerpotenzials. „Wir haben die Südwest-Linie immer schon für notwendig und machbar gehalten“, betont KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. „Ich möchte diesen wichtigen Straßenbahnausbau in den Westen von Graz auf die Tagesordnung bringen.“

Drei Varianten

Wie eine Straßenbahn in den Südwesten führen soll, darüber gibt es schon Überlegungen:

1. eine äußere Südwest-Linie als Verlängerung von der Endstation Reininghaus (ehem. Hummelkaserne) über die Peter-Rosegger- und die Straßgangerstraße bis zur Harterstraße,
2. eine innere Südwestlinie, Variante 1, über den Griesplatz, Citypark, Hohenstaufengasse, Don Bosco zur Endstation Reininghaus und
3. eine innere Südwestlinie, Variante 2, über die Elisa-



bethinergasse, Lazarettgasse, Kärntnerstraße, Don Bosco zur Endstation Reininghaus.

Wenn Ende 2021 die Reininghaus-Linie in Betrieb geht, wäre es natürlich sinnvoll, zu dem Zeitpunkt schon eine Perspektive auf die Weiterführung zu haben. Die Pläne für die äußere Südwest-Linie sind auch im Zusammenhang mit Plänen der Graz-Köflach-Bahn zu sehen, die Eisenbahnkreuzung in der Peter-Rosegger-Straße zu unterführen und zum Nahverkehrsknoten auszubauen. Dass möglichst parallel zur äußeren Südwest-Linie auch eine der beiden inneren

Aktueller Straßenbahn-Ausbau:

Erstmals seit vielen Jahren setzt die Stadt Graz mit Unterstützung des Landes Steiermark Straßenbahnprojekte um.

ZEITPLAN

2019-2021: **Reininghaus** (Alte-Post-Straße – ehem. Hummelkaserne)

2020-2021: **Smart City** (Asperngasse – Waager-Biro-Straße)

2021-2023 **Innenstadt-Entlastung**

2022-2023: **2-gleisiger Ausbau Linie 5** (Zentralfriedhof – Brauquartier Puntigam)

Varianten realisiert werden sollte, liegt im Hinblick auf die Attraktivierung des Straßenbahnnetzes auf der Hand.

Mein Ratgeber im täglichen Leben



Mieternotruf
...71 71 08

Sozialratgeber der **KPÖ**

Sozialratgeber der KPÖ – Ausgabe 2018

Bestellungen im KPÖ-Gemeinderatsklub (Tel. 0316/872 2154, klub.kpoe@stadt.graz.at, V. Nekrepp) und in den Büros von Stadträtin Elke Kahr (Tel. 0316/872 2061) und Stadtrat Robert Krotzer (Tel. 0316/872 2070).

Der Sozialratgeber ist kostenlos. Online ist der Sozialratgeber verfügbar unter: <https://www.kpoe-graz.at/sozialratgeber-der-kpoe-graz-22.phtml>



Elke Kahr: Klares Bekenntnis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Schulgesundheitspreis



Gesundheitsjournalist Daniel Windisch (Der Grazer), Stadtrat Robert Krotzer und Gesundheitsamtsleiterin Dr. Eva Winter leiten die Jury.

Unter dem Motto „Gesundheit macht Schule, Schule macht Gesundheit“ winken tolle Preise für gesundheitsfördernde Projekte.

derartige Projekte nicht nur sinnvoll sind, sondern den Beteiligten oft viel Spaß machen“, weiß Krotzer. Höchste Zeit also, sie vor den Vorhang zu holen.

Die vielen Leistungen, Projekte und Angebote, die es an den Grazer Schulen für die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler gibt, sollen vor den Vorhang geholt werden – durch den Grazer Schulgesundheitspreis. Mit der Prämierung sollen gute Praxisbeispiele, positive Erfahrungen und neue Ideen öffentliche Anerkennung erhalten und noch mehr Schulen zum Mitmachen motiviert werden.

Engagement und Verantwortung

„Wenn Kinder und Jugendliche gesundheitsförderndes Verhalten erlernen, wird damit ein guter Grundstein für ihre Entwicklung gelegt“, sagt Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. An zahlreichen Schulen werden gesundheitsfördernde Maßnahmen im Rahmen von Projekten und Aktionen durchgeführt. „Viele engagierte Lehrer und Lehrerinnen kommen ihrer Verantwortung und den Bedürfnissen von Schüler und Eltern vorbildhaft nach und machen dabei die Erfahrung, dass

Mitmachen!

Sämtliche Grazer Schulen – Volksschulen, Neue Mittelschulen, polytechnische Lehrgänge, BMHS und AHS – können mitmachen. Von Gesundheitskompetenzen wie richtigem Zähneputzen oder Sitzen, über Sensibilisierung bei den Bereichen Sucht oder Gewalt bis hin zu Aufklärung und sexueller Gesundheit reicht die Themenpalette. Auch ganze Klassen oder Schulen können sich beteiligen.

Die Projektunterlagen sind bis zum 28. Feber 2018 einzureichen. Alle nötigen Informationen erhalten Sie unter graz.at/schulgesundheitspreis oder 0316 872-2073.

Gewinnen!

Ein Team von Experten und Expertinnen wird die Einreichungen bewerten und die Preise vergeben. Das Gewinnerprojekt erhält 1.500, der zweite Platz 1.000 und der dritte 500 Euro. Dazu kommt ein Anerkennungspreis in der Höhe von 250 Euro.

So macht Graz die Pflege zuhause leistbarer



Viele Menschen wären dazu gezwungen, ins Heim zu gehen, weil sie sich die mobilen Pflegedienste nicht leisten können. Das einzigartige Grazer Kliententarifmodell hat das geändert. Zwei Beispiele.

Frau Horváth* kann sich nur im Rollstuhl selbstständig fortbewegen. Alleine aufzustehen schafft sie nicht mehr. Die 72-jährige Grazerin leidet an Durchblutungsstörungen und einer Zuckererkrankung. Sie hat zwar Verwandte, aber nur wenig Kontakt zu ihnen. Wunde Stellen im Gesäßbereich und an beiden Unterschenkeln machten Hausbesuche der mobilen Dienste zweimal am Tag notwendig. Die Verbandswechsel brauchten Zeit und das kostete Geld – Geld, das Frau Horváth nicht hatte.

Sie verringerte die Hausbesuche. Die Hautdefekte und ihr Allgemeinzustand verschlimmerten sich drastisch. Zuletzt war es ihr nicht einmal mehr möglich, den Rollstuhl zu benutzen. Im-

mer weniger war sie in der Lage, selbstständig zu tun. Immer mehr war sie auf die mobilen Dienste angewiesen. Doch sie konnte sie sich nicht leisten.

Herr Wagner* ist 52 und Mindestpensionist. Er leidet an einem Lipödem und dem ständigen Risiko von Hautschäden, an Nierenschwäche, Herzschwäche, einem chronischen Schmerzsyndrom und psychischen Erkrankungen. Er lebt allein in einer kleinen Wohnung, hat keine Familie und kaum soziale Kontakte.

Seine vielen Erkrankungen machen es ihm unmöglich, sich zu selbst pflegen und die Wohnung in Schuss zu halten.

Bis Juli 2018 konnte sich Herr Wagner einen Einsatz der Mobilen Dienste nur maximal ein- bis zweimal in der Woche leisten. Ein Betreuungsausmaß wie er benötigt hätte, wäre unerschwinglich gewesen. Letztendlich wäre ihm keine andere Wahl geblieben, als in ein Pflegeheim zu gehen.

„Auch im Alter in den eigenen vier Wänden zu bleiben ist, was



SYMBOLFOTO: P. HERE

sich die allermeisten pflegebedürftigen Menschen wünschen“, weiß Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ).

Ausweg

Mit dem neuen Grazer Tarifmodell ist gelungen, worauf viele

gehofft haben: Seit 1. Juli sind die mobilen Pflegedienste leistbarer. Den Betroffenen bleibt die Höhe der Mindestpension von 863 Euro erhalten – unabhängig vom Betreuungsausmaß, das sie zuhause in Anspruch nehmen.

Frau Horváth bekommt nun

dreimal täglich betreuende Hausbesuche. Die offenen Wunden haben sich soweit gebessert, dass der Verbandswechsel nicht mehr täglich notwendig ist. Frau Horváth ist zufrieden. Sie kann in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben.

Herr Wagner wird jetzt einmal täglich von Pflegeassistenten besucht, die ihn bei der Körperpflege unterstützen. Dreimal wöchentlich kommen Heimhilfen, um ihm im Haushalt behilflich zu sein. Die Gefahr von weiteren Gesundheitsschäden ist gebannt. Die Wohnung wurde auf Vordermann gebracht und adaptiert. Herr Wagner fühlt sich wohl.

Doppelte Entlastung

Wenn Menschen länger zuhause bleiben können, ist das nicht nur gut für sie, sondern auch für die Stadtfinanzen. Ist jemand im Pflegeheim, kostet das die Stadt im Schnitt 10.897 Euro pro Jahr. Für mobile Dienste fallen deutlich weniger an: 1.454 Euro. „Die Entlastung ist also eine doppelte“, sagt Krotzer „für die Menschen – und für das Budget der Stadt.“

*Name von der Redaktion geändert.

Nähere Informationen erhalten Sie unter:
graz.at/kliententarifmodell

PFLEGEGELD-BERATUNG

- Habe ich Anspruch auf Pflegegeld?
- Wann gibt es Erschwerungszuschlag?
- Welche Möglichkeiten habe ich, wenn sich mein Pflegebedarf erhöht hat?
- Was tun bei zu niedriger Pflegegeldstufe?

Antworten auf diese und viele andere Fragen bekommen Sie bei der Pflegegeldberatung des SMZ. Sie werden umfassend informiert und auch kostenlos vor dem Sozialgericht unterstützt, wenn das nötig ist. Bei eingeschränkter Mobilität werden Sie in den Bezirken Liebenau und Jakomini auch zu Hause beraten.

Anahita Sharifgerami, BA
(Sozialarbeiterin)
Tel.: 0650 – 67 35 146
E-Mail: sharifgerami@smz.at

Dr. Wolfgang Sellitsch
(Jurist)
Tel.: 0664 – 97 55 385
E-Mail: sellitsch@smz.at

Sozialmedizinisches Zentrum Liebenau
Liebenauer Hauptstraße 141,
1. Stock, 8041 Graz

Sozialmedizinisches + Stadtteilzentrum Jakomini
Conrad-von-Hötzendorf-Str. 55,
8010 Graz

www.smz.at

PFLEGEDREHSCHLEIBE

Ein umfassendes Angebot bietet die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz, um so die optimale und individuell passende Pflege zu ermöglichen: Dabei arbeitet sie mit allen wichtigen Stellen zusammen: mit der Hauskrankenpflege, Heim- und Pflegedienstleitungen, Sozialarbeiter, Ärzte, aber auch Gerichten und der Polizei.

Albert-Schweitzer-Gasse 38,
8020 Graz
Tel.: 0316 872-6382
graz.at/pflegedrehscheibe
E-Mail: pflegedrehscheibe@stadt.graz.at
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag, 10–15 Uhr

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

„Cui bono?“ – „Wem nutzt's?“, fragten die alten Römer. Und diese Frage sollten wir uns auch heute stellen, wenn die Bundesregierung einen „Masterplan“ zur Pflege ankündigt. Statt neuer Massensteuern oder einer Zwei-Klassen-Pflege sind soziale Lösungen gefragt. Das Geld muss dort geholt werden, wo es reichlich vorhanden ist: Würden etwa große Vermögen und Erbschaften in Österreich so besteuert wie in anderen Industriestaaten – natürlich mit Freibeträgen für Häuslbauer –, wäre die Pflege problemlos finanzierbar. Doch immer öfter fällt der Begriff „Versicherungspflicht“. Und eine solche ist gefährlich! Denn man muss sich selbst versichern. Wer älter ist oder in einem harten Beruf arbeitet, muss höhere Prämien zahlen. Dazu kommt das Finanzcasino: Die großen Player im Versicherungsbusiness sind alle an der Börse höchst aktiv.

Dass Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) bis 2017 Vorstandsvorsitzender eines der größten österreichischen Versicherungskonzerne war, sollte jedenfalls die Alarmglocken schrillen lassen! Denn Politiker und Politikerinnen sollten den Menschen verpflichtet sein – und nicht der Finanzindustrie.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Tel.: 0316 872-2070

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

fb.com/robert.krotzer.graz

Sprechstunden:
Jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

Bitteres Zuckerl für Familien

Pensionen – Ausgleichszulage brutto

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 933,06 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: € 1.398,97 Erhöhung pro Kind: € 143,97

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 885,48 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....: € 664,11 ab 3. volljährige Person: € 442,74 1. bis 3. Kind:€ 159,39 ab dem 4. Kind:€ 132,82

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 933,06 für Alleinstehende und € 1.398,97 für Ehepaare, pro Kind erhöht sich der Betrag um € 143,97. Die **Rezeptgebühr** steigt von 6 auf 6,10 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze € 446,81 Euro /Monat

GIS-Gebührenbefreiung/ Telefongeltzuschuss:

1 Person:€ 1.045,03
2 Personen: € 1.566,85
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 161,25

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 172,40; über 3J: € 180,30, über 10J: € 199,90, über 19J: € 223,50
Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 7,10, bei 3 um € 17,40 bei 4 um € 26,50 bei 5 um € 32,00, bei 6 um € 35,70 bei 7 um € 52,00. Im September zusätzlich € 100 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden. Der Zuschlag beträgt € 155,90.

Pflegegeld unverändert zu 2017:

Stufe 1: € 157,30	65h/Monat
Stufe 2: € 290,00	95h/Monat
Stufe 3: € 451,80	120h/Monat
Stufe 4: € 677,60	160h/Monat
Stufe 5: € 920,30	180h/Monat
Stufe 6: .. € 1285,20	über 180h/M
Stufe 7: .. € 1688,90	über 180h/M

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin
Gruber
Tel. 0316/
877 - 5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Vom Familienbonus profitieren mittlere und höhere Einkommen. Für Niedrigverdiener und Menschen ohne Einkommen schaut es hingegen schlecht aus.

1,5 Milliarden Euro will die Regierung für Familien aufwenden. Es heißt, dass rund 950.000 Familien mit etwa 1,6 Millionen Kindern davon profitieren werden. Aber die, die es wirklich brauchen würden, werden durch diese Steuerreform – den bereits viel beworbenen Familienbonus plus – draufzahlen.

Während der Absetzbetrag für Kinderbetreuungskosten und der Kinderfreibetrag wegfallen, wird jetzt mit einem Steuerzuckerl bis zu 1500 Euro pro Kind (bis zum 18 Lebensjahr) geworben. Doch was bedeutet das?

Besserverdiener profitieren dabei mehr als Niedrigverdiener.

Nicht nur Gewinner

Wer sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befindet, Teilzeit arbeitet oder geringfügig verdient, kann nicht mit den vollen 1.500 Euro rechnen. Erst ab einem Einkommen von 1.700 Euro brutto werden die vollen 1500 Euro für ein Kind schlagkräftig. Damit man für ein zweites Kind auch die vollen

1500 Euro bekommt, muss das Einkommen schon bei rund 2.200 Euro liegen. Beim dritten Kind müsste das Einkommen sogar bei über 2.650 Euro liegen.

Ein kleiner Trost: Alleinerzieher und Alleinverdiener bekommen, auch wenn sie keine Lohnsteuer zahlen, pro Jahr einen gehaltsunabhängigen Bonus von 250 Euro pro Kind. Wer mindestens 11 Monate (330 Tage) Arbeitslosengeld/Mindestsicherung oder eine Leistung aus der Grundversorgung bezogen hat, dem steht auch dieser Kindermerhbetrag nicht zu.

Keine Maßnahme gegen Kinderarmut

Experten schätzen, dass rund 500.000 Kinder nichts bekommen werden. 2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet, 2017 waren es bereits 51.000. Das ist jedes fünfte steirische Kind.

Wagen wir den Vergleich: Eine Alleinerzieherin in Karenz bekommt gerade mal einen gehaltsunabhängigen Mindestbetrag von 250 Euro im Jahr. Ein anderes Beispiel: Ein Paar, ein Kind, 2 Jahre, Kinderbetreuungskosten von 120 Euro. Die Frau arbeitet Teilzeit im Handel und bekommt 1.000 Euro brutto, der Mann ist in der Gastronomie tätig und

bekommt 1.250 Euro brutto. Ihnen werden 385 Euro im Jahr als Steuererleichterung rückvergütet. Sollte diese fiktive Familie noch ein Kind bekommen, würde sich dieser Betrag nicht erhöhen.

Demgegenüber steht eine andere Familie: Ein Paar, ein Kind mit zwei Jahren. Sie ist zuhause beim Kind, er arbeitet in einem internationalen Unternehmen und verdient 4.500 Euro brutto. Diese Familie bekommt die vollen 1.500 Euro. Im Falle eines zweiten Kindes würde sich der Betrag auf 3.000 Euro erhöhen.

Zuckerl

Der Vergleich zeigt, dass die familienpolitischen Maßnahmen zugunsten der mittleren und höheren Einkommen gehen. Dabei könnte man mit diesem Geld der Kinderarmut bestens entgegenwirken, damit jedes Kind in Österreich die gleiche Ausgangssituation, den gleichen Zugang zu Bildung und dieselben Möglichkeiten für Freizeit- oder Schulaktivitäten hat. Warum teilt man das für Familien angedachte Geld nicht gleichmäßig auf alle Familien in Österreich auf, beispielsweise über die Familienbeihilfe? Die Reform wurde nicht gemacht, um Familien zu unterstützen, sondern ist ein Belohnungsinstrument für die „Leistungsgesellschaft“.

Sie zeigt, wohin die elitären gesellschaftlichen Vorstellungen der Kurz-Regierung führen.



„Mehr Geld für Kinder“ verspricht der neue steuerliche Familienbonus. Viele Kinder werden aber leer ausgehen weil Besserverdienende mehr bekommen.

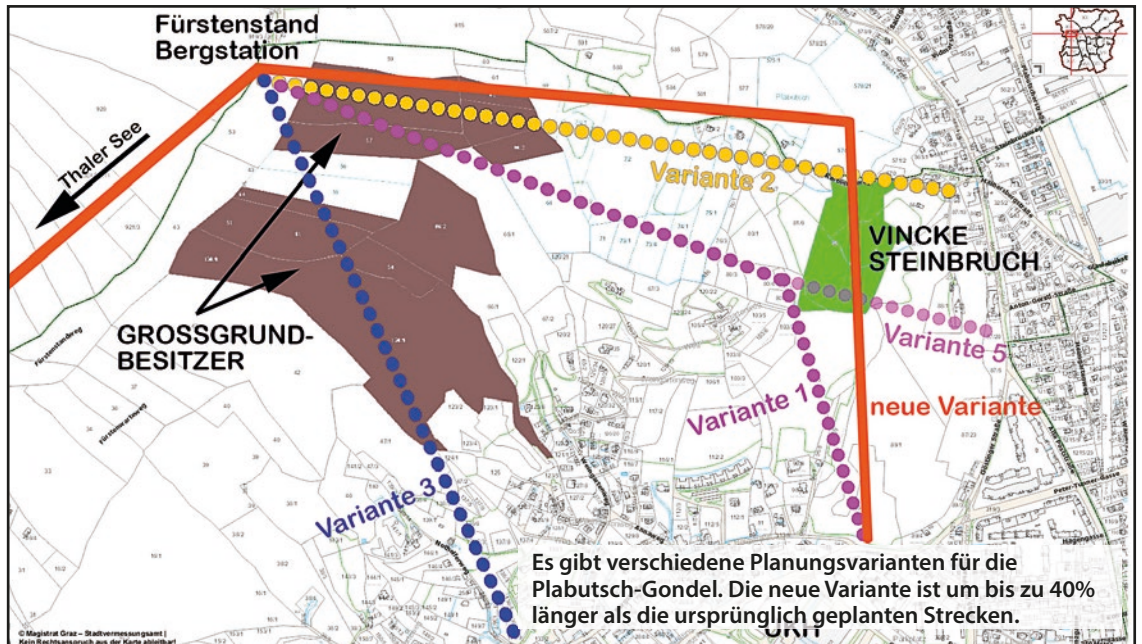
NAHERHOLUNGSGEBIET AM PLABUTSCH – THALER SEE

Braucht es dazu eine Gondel?

Nach den Absagen von Olympia und Bienenstockgarage am Eisernen Tor hat Bürgermeister Nagl ein neues Spielzeug gefunden: eine Mega-Seilbahn über den Plabutsch.

Mit rasantem Tempo wollen ÖVP und FPÖ die Seilbahn beschließen - quasi mit dem Kopf durch die Wand. Gerade deswegen ist größte Vorsicht geboten. Bei genauerer Prüfung der vorliegenden Fakten fällt gleich einiges auf: Im vergangenen März wurden vier verschiedene Trassenführungen geprüft und bis zum letzten Sommer versichert, dass die Kosten nicht mehr als 25 Mio. € ausmachen würden. Nun soll die Seilbahn auf einmal um 40 Prozent mehr kosten (siehe Faktencheck) und auch die präsentierte Streckenführung ist eine gänzlich neue und längere.

Die vier ursprünglich geplanten Trassen gingen zu einem großen Teil über die Grundstücksflächen eines Großgrundbesitzers und sparten den ökologisch-sensiblen Vincke-Steinbruch völlig aus. Bei der neuen Strecke ist es allerdings genau umgekehrt (siehe Bild oben). Die Trasse zum Fürstenstand ist um bis zu 40



Es gibt verschiedene Planungsvarianten für die Plabutsch-Gondel. Die neue Variante ist um bis zu 40% länger als die ursprünglich geplanten Strecken.

Prozent länger und damit auch die Fahrzeit - und vor allem sind die Kosten höher.

Ein Bewohner von Eggenberg hat eine Online-Petition gestartet. 2.600 Grazer haben bereits gegen die Seilbahn unterschrieben. Vor allem Bewohner aus Eggenberg und Gösting befürchten einen Ansturm an Besucher-PKWs. Bis zu 1.600 Personen pro Stun-

de können mit den geplanten 10er-Gondeln transportiert werden. Viele Grazer fürchten, dass der Plabutsch zur Eventzone verkommt. Auch dass für die Seilbahn zumindest 3.600 Bäume (7 Hektar Wald) gerodet werden müsste, löst Unverständnis aus.

„Wir befürworten eine Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch und Thalersee. Aber

eine teure Seilbahn braucht es dazu nicht“, betont KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Bevölkerung über die Seilbahn befragt wird.

Der immer stärker wachsende Süd-Westen von Graz würde dringend Investitionen in eine Straßenbahnlinie benötigen. Solche Projekte werden aber oft auf die lange Bank geschoben.

Faktencheck

Kosten: 41 Millionen Euro
(35 Mio. € Seilbahn, 3 Mio. € Grundstückskäufe, 3,4 Mio. € Restaurant, 270.000 € für 40% des Thaler Sees).

Ursprüngliche Kosten:
25 Mio. € für Seilbahn.

Laufende Kosten:
mind. 1 Mio. € pro Jahr.

Kapazität: 1.600 Gäste pro Stunde in 10er-Gondeln.

Ticketpreis: ähnlich wie Schöckl (dz. 13,80 Euro Berg&Tal).

Rodungen: Mindestens 3.600 Bäume werden für Trasse gefällt.

Umweltschutz: Plabutsch ist Landschaftsschutzgebiet.

SAGEN SIE IHRE MEINUNG... ... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Was soll mit dem Plabutsch geschehen?

- Gondel mit Umgestaltung des Plabutsch zum Eventberg
- Keine Gondel, aber Aufwertung von Thalersee und Plabutsch
- Plabutsch soll so bleiben, wie er ist

Weitere Gedanken und Anregungen:

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name: _____

Adresse: _____



An das

GRAZER Stadtblatt

Elke Kahr
Volkshaus, Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

SCHLOSSBERG NICHT EINSCHRÄNKEN



Innere Stadt. Mit dem Beschluss, dass am Schlossberg das sog. „SchlossbergMuseum“ errichtet werden soll, wurde auch bekannt, dass für die Besichtigung ein Eintrittspreis von zwei Euro vorgesehen ist. „Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, dass man für einen Museumsbesuch zwei Euro Eintritt verlangt. Das ist an sich ja nicht viel“, so Bezirksrätin **Heide Bekhit**. „Es muss aber gesichert bleiben, dass all jene, die nur die Aussicht und das Ambiente am Schlossberg genießen wollen, auch künftig uneingeschränkt flanieren können, ohne Museums-Eintritt zu bezahlen.“

KPÖ-STAMMTISCH

Jakomini. Die Bezirksfraktion der KPÖ Jakomini lädt zu ihrem ersten Stammtisch des neuen Jahres: Am Mittwoch 23. Jänner, ab 18 Uhr im Lokal „s‘Schmankerl“, Conrad von Hötzen-dorf-Straße 42.

Lubomir Surnev (KPÖ Jakomini): „Bei unserem Stammtisch können Interessierte ihre Grätzl-Anliegen, Wünsche und Anregungen einbringen, oder einfach nur mit den Vertretern der KPÖ im Bezirk über „Gott und die Welt“ tratschen.“

MURGASSE: MODEN MÜLLER ADÉ



Innere Stadt. Die Vögele-Pleite betrifft auch den Standort in der Murgasse, der geschlossen wird. Damit geht eine lange Grazer Tradition zu Ende: Ältere Grazer und Grazerinnen erinnern sich noch daran, dass dort die Kaufhaus- und Versandkette Moden Müller ihren Hauptsitz hatte. Dieses Traditionsunternehmen stand in Konkurrenz mit Kastner & Öhler. Im Jahr 1945 traf

sich dort die Kampfgruppe Steiermark der Österreichischen Freiheitsfront und bereitete die Befreiung der steirischen Landeshauptstadt vor. Die Besitzerfamilie Müller-Mezin hielt Distanz zu den Nazis. In den Achtzigerjahren wurde das Unternehmen an die Schweizer Firma Vögele verkauft. Die alten Moden Müller-Kataloge werden heute zu Liebhaberpreisen gehandelt.

VERSCHNAUFFPAUSE BEI GLEISSANIERUNG



Mariatrost. Zwei Jahre lang mehrere Monate Gleisbaustelle inklusive Geh- und Radwegsperrung haben der Bevölkerung in Mariatrost einiges abverlangt. Nun wurde die für 2019 geplante dritte und letzte Tranche der Gleissanierung bzw. des

Gleisbaus der Linie 1 verschoben. Laut Holding Graz Linien wird es heuer im Sommer voraussichtlich lediglich eine kleine, aber dringende Sanierung im Bereich St.Johann geben, die ein bis zwei Wochen dauern dürfte.

FRÖBELSCHÜLER ALS GRAFFITIKÜNSTLER



Lend. Das vom Bezirksrat Lend finanzierte Graffiti-projekt (500 €) am Fröbelpark ist abgeschlossen. Auf Initiative der **KPÖ Lend** gestalteten im November Schüler und

Schülerinnen der Neuen Mittelschule Fröbel gemeinsam mit zwei Graffiti-künstlern herunterge-kommene Blechtafeln im Bereich der Schule auf sehr kreative Weise neu.

NEUES SPEISELOKAL IM MÜNCHNERHOF



Gries An der Ecke Dreihackengasse-Kernstockgasse, in den Räumlichkeiten des ehemaligen Münchnerhofs, findet man seit Neuestem „Due Amici“, ein Lokal mit italienischer Küche. KPÖ-Bezirksvor-

steher-Stellvertreterin **Gerti Schloffer** hat sich bereits vor Ort von der guten Qualität überzeugt: „Ich kann das Lokal wärmstens empfehlen, die Pizzas sind ein heißer Tipp!“

Haben Sie **Ideen** oder **Anliegen** für Ihren Bezirk?

Rufen Sie uns an!

Heike Jantschner
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98

KLARES NEIN ZUR PLABUTSCH-SEILBAHN



Eggenberg. KPÖ-Bezirksrätin **Karin Gruber** übt scharfe Kritik am Plabutsch-Seilbahnprojekt der ÖVP/FPÖ-Rathauskoalition: „Die kolportierten Kosten von 41 Millionen Euro reißen ein riesiges Loch ins Grazer Budget, und die angenommene Auslastung von 140.000 zahlenden

Personen pro Jahr ist unrealistisch. Die Naherholung am Plabutsch ist auch ohne eine Seilbahn, der viele Hektar Wald zum Opfer fallen würden, sehr gut möglich.“ Gruber ermuntert die Bürger, die Online-Petition gegen dieses Projekt zu unterschreiben: shorturl.at/nDU13 (Mehr Infos: Seite 13)

ZWEI NEUE ZEBRASTREIFEN

Gösting. In der Plabutschstraße ist die Einrichtung von zwei neuen Schutzwegen vorgesehen, und zwar Höhe Saitzgasse und Höhe Steinbruchweg.

Mit dem Zebrastreifen Höhe Saitzgasse wird die Querungssituation im Bereich Kindergarten – Kinderkrippe „Kinderburg“ verbessert.

Für Sie
erreicht!



VERKEHRSSICHERHEIT AM MESSENDORFBERG

St. Peter. Auf Initiative von KPÖ-Bezirksrat **Gert Kosmus** wurden vom Straßenamt 2018 acht Tempo 30-Tafeln am Messendorfberg angebracht, jeweils vier in jeder Fahrtrichtung. Bereits im März war ein elektronisches Geschwindigkeits-Messgerät auf-

gestellt worden. Auch die Polizei ist verstärkt vor Ort und kontrolliert. Kosmus: „Wenn es trotzdem weiterhin Autofahrer gibt, die sich nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeit halten, dann liegt das an den zu niedrigen Bußgeldern.“

LASTENRAD-VERLEIH BEIM VOLKSHAUS



Gries. Die Nachfrage nach Lastenrädern steigt – als umweltfreundliche Alternative zum Transport mit dem Auto. Der Verein „Das Lastenrad“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Grazern Lastenräder leihweise und kostenlos

zur Verfügung zu stellen. **Ab sofort kann man auch beim Grazer Volkshaus, Lagergasse 98a, ein Lastenrad ausleihen: Montag bis Freitag, 9-14 Uhr, unter www.das-lastenrad.at oder telefonisch 0316/712 479.**

RASENFLÄCHE STATT MONDLANDSCHAFT



Strassgang. Wertvoller Boden verschwindet unter Siedlungen, Betrieben und Parkflächen. KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser**: „In letzter Zeit gibt es einen Trend zu Steingärten und Steinzäunen. Da werden Rasenflächen und Baumscheiben mit Steinen zugeschüttet und mit Zierpflanzen versehen, die für Insekten und Bienen völlig wertlos sind.“ Aus ökologischen und stadtklimatischen Gründen ist dieser Trend abzulehnen: Steinflächen

speichern Hitze, die in der Nacht an die Umgebung abgegeben wird, Lebensräume für Vögel und Insekten gehen verloren, und Steingärten sind auch nicht pflegeleicht. Masser appelliert daher an alle Bauherren, Betriebe und Hausbesitzer: „Geben Sie der Natur und unserer Luft eine Chance, begrünen Sie Zäune und Hauswände, pflanzen Sie Hecken und Blumen, von denen Insekten, Bienen und Vögel auch leben können!“

LÖSUNG VOR ORT

St. Peter. KPÖ-Bezirksrat **Gert Kosmus** verwarft sich gegen Vorwürfe, die in der ÖVP-Bezirkszeitung gegen die KPÖ erhoben wurden: Die KPÖ käme ihrer Verantwortung im Verkehrsressort nicht nach. Kosmus: „Das Verkehrsaufkommen ist nicht erst seit 2017 gestiegen. In der Periode 2012-2017, als Herr Eustacchio von der FPÖ Verkehrsreferent war, habe ich keinen Aufschrei der ÖVP über versäumte Tätigkeiten vernommen.“ Kosmus betont, dass Eustacchio in seiner Amtszeit den Bezirksrat von St. Peter auf Ansuchen nicht empfangen hat und auch die Einladung zum Bezirksrat nicht angenommen hat. Kosmus: „Stadträtin Elke Kahr ist mit dem Bezirksrat in St. Peter sehr wohl neuralgische Punkte mit dem Fahrrad bis in den späten Abend abgefahren. Auch am Messendorfberg war Kahr dabei, als um 7 Uhr früh die 50-köpfige Lebensraum-Initiative die Entschärfung gefährlicher Teilstücke vor Ort besprochen hat.“

NEUER TICKET- AUTOMAT

Gries. Mit der Aufstellung eines Fahrkartenautomaten am Griesplatz entspricht die Holding Graz Linien einem Wunsch aus der Bevölkerung, der von der KPÖ-Bezirksvertretung mit Nachdruck vertreten wurde. Die Einrichtung ist für Sommer geplant.



GRABUNGSARBEITEN IM AUGARTEN HINTERFRAGEN

Die Grabungsarbeiten im Augarten sind derzeit voll im Gange. Laut dem Amt für Grünraum werden Steuer- und Lichtquellenleitungen für den Zentralen Speicherkanal verlegt. Die notwendigen Beschlüsse sind allerdings vor den Plänen der Augartenbucht entstanden. Den Mehraufwand durch die wesentlich längeren



Strecken, der dadurch entstand, und die dauerhafte Sicherung und Bewachung der Baustelle, hinterfragte in der Gemeinderats-sitzung KPÖ-Mandatarin **Christine Brauersreuther** und fragte nach den Genehmigungen dieses Vorhabens und die dadurch entstandenen Mehrkosten. Eine Antwort steht noch aus.

50 MILLIONEN EURO RÜCKSTAU BEI GRAZER WASSERLEITUNGEN

Die gute Nachricht zuerst: Der Stadtrechnungshof hat die Qualität des Grazer Trinkwassers als positiv beurteilt. Jedoch bemängelt der Stadtrechnungshof in seinem Bericht einen großen Sanierungsrückstand bei den Wasserleitungen. In den letzten 15 Jahren hat sich ein Rückstau von rund 80 km Leitungen – umgerechnet 50 Mio. Euro – gebildet. Und das, obwohl der Holding Graz die Gelder zur Verfügung gestanden sind!



Dadurch werden die Planausgaben ab 2022 steigen, da man nun versucht, dieses Versäumnis auszubessern. „Es schaut so aus, als hätte man mit der jährlichen automatischen Erhöhung der Kanalgebühren vor allem das Stadtsäckel sanieren wollen anstatt die Leitungen. So zu wirtschaften zeugt von mangelndem Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Grazer Bevölkerung“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**.

BEZIRKSRATSBUDGET ERHÖHT

Das Bezirksratsbudget wurden von 0,7 auf 1 Euro pro EinwohnerIn erhöht. „Das ist ein erster Schritt zu mehr Bezirksdemokratie. so Gemeinderat

Andreas Fabisch, der hiermit seine jahrelangen Appelle zumindest teilweise erhört sieht. „Unser Ziel bleibt allerdings eine Verdoppelung auf 1,4 Euro.“

MEHR TRAINERINNEN GEGEN LEGASTHENIE AN SCHULEN

Lese- und Rechtschreibschwächen dürfen nach der Volksschule kein Thema mehr sein“, meint KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch** und berichtet weiter: „Legasthenie und Dyskalkulie werden heutzutage dank der umfangreichen Ausbildung von Pädagogen rasch erkannt. Lese-



und Rechtschreibschwächen müssen aber auch umgehend behandelt werden.“ Deswegen fordert Fabisch, dass Legasthietrainer an Schulen zur Verfügung stehen. Damit wäre das Problem am schnellsten reduziert und die Belastung der Eltern hätte eine Ende.

FÜR 70% DER KINDER GIBT ES KEINEN KRIPPENPLATZ

Nur jede 5. Krippe ist eine öffentliche und wird von der Stadt Graz betreut“, kritisiert KPÖ-Familien-sprecher **Christian Sikora** und sieht damit das Hauptübel der mangelnden Krippenplätze. „In Linz ist es genau umgekehrt. 80% der Krippen sind in der Hand der Stadt“, weiß der Gemeinderat und fordert mehr öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Im Bezirk Innere Stadt gibt es lediglich eine Kinderkrippe mit zwei Gruppen (12-13 Kin-



der/Gruppe) und im Bezirk Straßgang kommen sogar 83 Kinder (0-2 Jahre) auf eine Krippengruppe. „Letztes Jahr bekam ein Drittel der 1.620 Anmeldungen - inkl. Wechsler - nicht sofort einen Krippenplatz zugewiesen. Das erschwert die berufliche und familiäre Planung für viele Eltern und speziell für Alleinerzieher immens“, so Sikora. Bis 8. März können Eltern ihre Kinder auf der Homepage der Stadt Graz für eine Krippe anmelden.

PARKGEBÜHREN WERDEN TEURER - AUCH FÜR ANRAINER

Frühestens Ende Februar sollen die neu angehobenen Gebühren in Kraft treten. Für Anrainer kostet das Parken dann 10 Euro statt 8,5 Euro (Kurzparkzone) bzw. 9 Euro statt 7 Euro (Grüne Zone) im Monat. Eine halbe Stunde Parken in der Kurzparkzone wird von 0,9 Euro auf 1 Euro erhöht. Eine Erhöhung der Gebühren



in der Kurzparkzone führt aber nicht zu einer Verbesserung der Parksituation für Bewohner. „Daher ist eine Anhebung der Bewohner-Tarife ohne sinnvolle Begleitmaßnahmen, die die Parkplatznot der Betroffenen verringert, nicht zu rechtfertigen“, so KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**.

ÖFFNUNGSZEITEN VERLÄNGERN

Die Bibliothek im dänischen Grasten hat von Montag bis Sonntag von 8 bis 22 Uhr geöffnet. Nach 17 Uhr können die Bürger mit einer Chipkarte die Bibliothek betreten. „Es kommen Lesegruppen zusammen oder

Eltern, die die Wartezeit überbrücken, bis sie ihr Kind vom Sporttraining abholen können“, berichtet KPÖ-Gemeinderätin **Christine Brauersreuther** und stellte einen entsprechenden Antrag für Graz.

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren Sie kostenlos den **WhatsApp-Newsletter** der KPÖ.

Speichern Sie die Nummer 0677 - 18 91 7550 als „KPÖ“ und senden Sie eine WhatsApp-Nachricht mit „Start“.

Top informiert und jederzeit kündbar!



Grazer Traditionsbetriebe: Gasthaus Wagner

Wirtshaus im Gemeindebau

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs eröffnete in der Wachtelgasse im Bezirk Graz-Wetzelsdorf ein Gasthaus, mitten in der Gemeindewohnsiedlung. 1950 wurde es zur Pacht ausgeschrieben und von Erna Wagner übernommen. Fast siebzig Jahre später bewirbt die Familie Preininger die Gäste.

Die Tochter von Erna Wagner, Erna Moriggl, ist heute eine rüstige Pensionistin, die nach wie vor an der „Dienstagsrunde“ im Gasthaus Wagner teilnimmt, gemeinsam mit alten Stammgästen. Sie hat das Wirtshaus auf Wunsch der Mutter selbst 35 Jahre lang, bis 2001, geführt, meist „ganz allein“, wie sie betont. „Als meine Mutter das Gasthaus 1950 übernommen hat, war das Lokal praktisch leer – es gab einen alten Reininghaus-Tisch und eine Blechwanne für die Getränke. Die Eisblöcke zum Kühlen haben wir bei Reininghaus geholt, Kredenz und Küche haben wir selbst mitgebracht.“ Frau Moriggl erzählt von einer (Wirtshaus-) Ära und Arbeitswelt, die man sich heutzutage, in unserer komplexen und technisierten Welt, nur mehr schwer vorstellen kann: „Wenn es spät geworden ist, hat meine Mutter anfangs in einem Klappbett im Gasthaus übernachtet, um sich den Heimweg in die Steinbergstraße zu ersparen.“

Tochter Erna Moriggl hat das Lokal später ebenfalls mit viel Fleiß und guter Küche geführt, und nicht zuletzt Arbeiter und Angestellte aus der Umgebung mit Jause und Mittagessen versorgt. „Die Arbeit war hart, Tag und Nacht, Urlaub gab’s praktisch keinen, und die Familie lief so nebenbei mit“, etwas, das Frau Moriggl noch heute bedauert.

Mehrere Pachtverhältnisse später sorgt nun Anita Preininger, tatkräftig unterstützt von Gatten

Gerhard und Tochter Melanie, die im Gasthaus angestellt ist, für das Wohl der Gäste. Die Preiningers pendeln täglich zwischen Höf-Präbach und Wetzelsdorf.

Auch Frau Preininger kann auf eine lange Gastro-Geschichte zurückblicken, sie ist gelernte Köchin und seit ihrer Lehrzeit im Service tätig. Ab 1986, als die erste Tochter Tanja zur Welt kam, legte sie eine längere Berufspause ein. Seit 2008 war Frau Preininger Kellnerin beim Vorpächter Ernst Wagner (kein Verwandter von Erna), und als dieser 2015 in Pension ging, hat sie sich dazu entschlossen, das Gasthaus zu übernehmen, „sonst wäre zugesperrt worden.“

Und so gibt es in der Wachtelgasse weiterhin Tanznachmittage für Pensionisten, Vereinsabende, den Sparverein, die Mittwoch-Vormittags-Runde der Nachbarschaftsdamen...und gu-



Anita Preininger mit Mann Gerhard und Tochter Melanie.

tes Essen. Frau Preininger macht ihren Job gerne, „und deshalb fällt’s auch nicht schwer“. Tochter Melanie arbeitet im Service, hilft aber auch in der Küche aus,

„überall, wo was anfällt“. Eine weitere Service-Angestellte ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs gerade krank. Herr Preininger, ein pensionierter Maurer, hilft beim Einkauf, der Essenszustellung und bei den „körperlich schweren Arbeiten“.

Den Urlaub verbringt Frau Preininger „am liebsten daheim“, Gatte Gerhard ist sehr gern unterwegs. Die Familie fährt jeden August zum Baden nach Italien, „die größte Reisegruppe waren 18 Leute“, erzählt Tochter Melanie, selbst schon zweifache Mutter.

Um das Stammpublikum bei Laune zu halten, muss man sich ständig etwas Neues einfallen lassen, und so gab’s im Mai 2018 erstmals einen „Stammgästausflug“ nach Südtirol. Aufgrund des großen Erfolges geht’s heuer für 4 Tage nach Prag. Wer weiß, vielleicht bringt Frau Preininger ja das eine oder andere böhmische Rezept mit nach Graz?



Gasthaus Wagner – mitten im Gemeindebau

GASTHAUS WAGNER

Wachtelgasse 18, 8052 Graz
Tel.: 0316/581136
Montag-Freitag, 9-23 Uhr
Samstag 9-14 Uhr
www.gasthauswagner.com

Immer weniger Grünraum in Graz

Statt Grünraumoffensive und Ersatzaufforstungen gibt es immer mehr Hiobsbotschaften bezüglich der Verbauung von Grazer Grünflächen.

Graz wächst – immer mehr Menschen leben in Graz. Die Grünflächen schwinden aber. Graz hat seit Jahrzehnten einen Anstieg der Temperaturen im Stadtbereich zu verzeichnen. Das führt zu einer Verschlechterung des Stadtklimas. Ein Grund dafür ist, dass immer mehr Grünflächen in Graz verbaut und die Böden versiegelt werden. Das hat großen Einfluss auf das Mikroklima. Die Stadt wird heißer, Regenmassen können nicht mehr aufgenommen werden und durch den Verlust der Bäume, Wiesen und Sträucher steigt die Feinstaubbelastung weiter an.

Warum lässt man das zu?

Trotz der von Bürgermeister Nagl proklamierten „Grünraumoffensive“, derzufolge sich die Stadt für den Erhalt von Grünflächen einsetzt, schwinden zunehmend Grünflächen. Eines der jüngsten Beispiele: Der Styria Park gegenüber dem Messeingang. Vor Jahren verkaufte die Stadt der Styria diese Fläche. Die Verlagsgruppe baute darauf ihr Headquarter. Daneben blieb eine Grünfläche, die die Stadt Graz sehr teuer „zurückpachtete“. Für die Pflege und Instandhaltung war die Stadt zuständig. Der Pachtvertrag hatte eine Gültigkeit bis 2025. Doch die Styria hat diesen Vertrag nun vorzeitig gekündigt und plant, diese Fläche zu verbauen.

Ein schlechter Deal für die Stadt Graz und ihre Bewohner, denn so wird dem sowieso zugestrichelten Bezirk Jakomini einer der letzten Parks genommen.

Baustelle Augarten

Auch der Augarten wird geschrumpft – Befürworter verarmen die geplanten Maß-



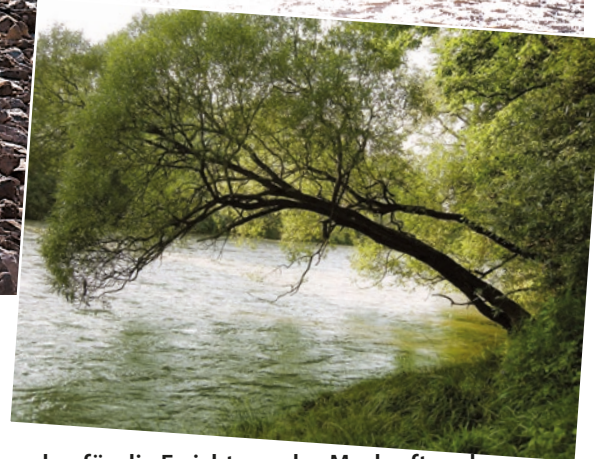
nahmen als „Neugestaltung“. Doch durch die geplante Augartenbucht geht gut ein Zehntel des gut bespielten Parks verloren. ÖVP und FPÖ behaupten, dass dadurch keine Fläche nicht kleiner würde – eine Pflanzerei der Grazer Bevölkerung. Eine Bürgerbeteiligung wurde vom Bürgermeister wieder einmal abgelehnt.

Ignoranz und Frechheit

Für das Stadtoberhaupt ist scheinbar alles im „grünen“ Bereich. *„Wenn Bürgermeister Nagl Gelder aus den Mitteln der Grünraumoffensive verwenden will, um dann mehrere Hektar Wald zu roden, damit er die Plabutschgondel realisieren kann, zugleich aber Privaten über eine Pressekonferenz ausrichten lässt, sie sollen ihre Innenhöfe und Gärten für die Allgemeinheit öffnen, ist das nicht nur polemisch, sondern auch eine Kapitulation vor seiner Aufgabe, öffentlichen Grünraum zu schaffen und zu bewahren“*, stellt KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber fest.

Wie wichtig den profitorientierten Unternehmen die Natur

(Fotos: Sigrid Schönfelder, Stefan Herzog).



8.000 Bäume wurden für die Errichtung des Murkraftwerks und des ZSK geschlägert. Grazer Murufer 2012 bzw. 2019

und unser Stadtklima sind, zeigt sich beim Bau des Murkraftwerkes. Von Seiten der EStAG wurde vor Baubeginn das Blaue vom Himmel versprochen: Mehr Nachpflanzungen als Fällungen, außerdem würden große Bäume von drei Metern und mehr nachgepflanzt werden. Die Realität sieht anders aus: 1000e Bäume wurden für das Projekt gefällt, Nachpflanzungen sind bisher kaum erfolgt. „Welche Flächen von der Energie Steiermark zum Ersatz bepflanzt werden müssen, ist laut UVP festgeschrieben. Nicht genug, dass fünf dieser acht Flächen gar nicht in Graz, sondern zum Teil weit außerhalb des Stadtgebietes liegen, in Ferndorf, Großsülz und Werndorf. Die Ersatzaufforstungen südlich von Graz hätten bereits im Frühjahr nach Baubeginn abgeschlossen sein sollen. Jetzt, ein Jahr später, ist das aber noch immer nicht

geschehen“, sagt Gabriele Faller von Rettet die Mur.

Teilweise über 100 Jahre waren die Bäume alt, die in Graz binnen kürzester Zeit für das Murkraftwerk gerodet wurden. Ihre Funktion für das Stadtklima ist für immer verloren.

Die Lebensqualität der Grazer Bevölkerung kann nur erhalten werden, wenn dafür gesorgt wird, dass Grünraum erhalten und geschaffen wird.

**GRAZER
Stadtblatt**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus, Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Einladung zur Info-Veranstaltung Smart-Meter – Fortschritt oder Falle?

Fr. 1. Februar, 18 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

In den nächsten Monaten sollen in vielen Grazer Haushalten die herkömmlichen Ferraris-Stromzähler durch die umstrittenen Smart-Meter ersetzt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich viele Fragen, wie z.B.: Welchen Zweck und Nutzen hat ein Smart Meter und für wen? Was kosten die Geräte, wem gehören sie und wer zahlt sie?

Kann der Einbau abge-

lehnt werden? Was ist Opting Out? Wie schauen die Stromtarife in der Zukunft aus? Wird es zu unterschiedlichen Tageszeiten unterschiedliche Tarife geben? Wie sicher sind die gesammelten Daten über Verbrauch und Kundenverhalten? Wer hat Zugriff? Werden Fernabschaltung und Lieferbeschränkungen für einzelne Haushalte möglich sein? Hilft der Smart-Meter beim Energiesparen? Wie störungsanfällig sind die Geräte? Ist die Angst vor gesundheitsschädlicher Strahlung durch Smart Meter berechtigt oder hysterische Panikmache?

Bereits im vergangenen November fand im KPÖ-Bildungszentrum eine gut besuchte Informationsveranstaltung statt, wo Herr Dr. Karl-Heinz Kettl von der AK einen Überblick über die Funktionsweise der Smart-Meter, rechtliche Fragen, technische Hintergründe und die künftige Tarifgestaltung gab.

Aufgrund der Aktualität des Themas und da bei vielen Grazerinnen und Grazern noch zahlreiche Fragen offengeblieben sind, wollen wir das Thema im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung weiter vertiefen.



Unbestechlich und unverwüchtlich: Der traditionelle Ferris Zähler verbraucht weder Strom noch ist er mit dem Internet verbunden.



Es diskutieren:

Dr. Karl-Heinz Kettl, AK Steiermark

Dipl.-HTL-Ing. Erich Slivnik, technischer Geschäftsführer der Stromnetz Graz GmbH & Co KG

Rudolf Schober, Solidarwerkstatt Linz

Moderation: Kurt Luttenberger, AK-Rat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB)

POLITIK UND WIRTSCHAFT: EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Eveline Steinberger-Kern ist die Frau des Ex-SPÖ-Bundeskanzlers Christian Kern. Frau Mag. Dr. Eveline Steinberger-Kern sitzt seit Jänner 2015 im Aufsichtsrat der Energie Burgenland AG. 2010 gründete sie das Beratungsunternehmen Green Minds, das seit 2014 „The Blue Minds Company“ heißt. Die Firma ist mit einer sogenannten „Energiemanagement-Software“ geschäftlich aktiv. Die Software

analysiert Smart-Meter-Daten und bereitet diese heiklen Stromverbrauchsdaten von Kunden für Energieversorger und deren Kunden auf. Auf der Web-Page von Blue-Mind scheinen unter anderem die Wien Energie GmbH, Burgenland Energie AG und die niederösterreichische EVN als „Partnerunternehmen“ auf. Die Blue-Mind-Software soll den Energieversorgern erlauben, tiefe Einblicke in die Kundenbedürf-

nisse zu erlangen und auf dieser Basis „smarte“ Stromtarife für smarte bzw. höhere Profite zu entwickeln. Darüber hinaus eröffnen die gesammelten Daten über Verhalten und Lebensweise der Stromkonsumenten zahlreiche weitere profitable Verwertungsmöglichkeiten.

Die Kosten für Entwicklung und Implementierung dieser Geschäftsmodelle zahlt wer? Richtig: wir Stromkonsumenten.

EINFACH SPAREN

Stromsparen leicht gemacht



In einem durchschnittlichen Haushalt entfallen pro Jahr ca. 70 Euro auf die Beleuchtung der Räume. Neben dem wichtigsten Tipp, das Licht auszuschalten, wenn der Raum nicht benötigt wird, lassen sich mit der richtigen Wahl des Leuchtmittels ebenfalls einige Euro einsparen. Vor allem wer zu Hause noch klassische Glühbirnen im Einsatz hat, tut seiner Geldbörse nichts Gutes.

Der Energiesparlampe haftet zwar der Ruf an, wenig und schlechtes Licht zu liefern. Mit LED-Lampen gehört das aber der Vergangenheit an, da diese ein helles und angenehmes Licht erzeugen und ohne Zeitverzögerung ihre Leuchtkraft erreichen.

Mit einer 9 W LED-Lampe lässt sich z.B. eine 60 W Glühbirne oder eine 14W Energiesparlampe ohne Helligkeitseinbußen ersetzen, wodurch sich bei einer Leuchtzeit von 1000 Stunden pro Jahr und Leuchtmittel 11 Euro bzw. 1,20 Euro einsparen lassen. Zusätzlich weisen LED-Lampen auch eine 25mal höhere Lebensdauer auf als klassische Glühbirnen und sind in der Anschaffung bereits für 2 bis 3 Euro im Handel erhältlich. Um die Leuchtkraft zu verstärken und die benötigte Leistungsaufnahme zu verringern, empfiehlt sich zusätzlich die Verwendung von hellen und reflektierenden Lampenschirmen.

Von Gabi und Gernot
FRAGEN SIE UNS!
Tel. 0664/231 8626

KINDER-MASKENBALL

23.02.2019
Volkshaus
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Einlass: 15:00 Uhr
Eintritt: € 3,00
VVK-Preis: € 2,50

Es erwarten euch tolle Musik,
Spiel, Spaß und ein super Gewinn!
Wir freuen uns auf euren Besuch!
*ein Pfingstwochenende im Feriendorf am Turnersee

kinderland
Steiermark

Kinderarmut abschaffen!



Kinderland und KPÖ mobilisieren gegen Kinderarmut in der Steiermark

2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 2017 waren es bereits 51.000. Das ist jedes fünfte steirische Kind. Kinderland und KPÖ haben deshalb eine Kundgebung in der Grazer Herrngasse durchgeführt, um die Politik an ihre Verantwortung gegenüber den Schwächsten zu erinnern.

Der aktuelle Armutsbericht des Landes Steiermark enthält schockierende Zahlen: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Anzahl armer und armutsgefährdeter Menschen stark zu.

Solange die Wohnkosten steigen und die Arbeitseinkommen stagnieren, wird sich daran nichts ändern. Einer Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, mit

der verhindert werden kann, dass junge Menschen in Österreich in Armut aufwachsen, sollte höchste Priorität haben. Da braucht es Sofortmaßnahmen, betonte KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

„Kinderrechte dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen. Die Zahlen sind alarmierend, die Politik muss handeln“, forderte Kinderland-Obmann Amir Mayer vor dem Eingang zum steirischen Landesparlament.



Polit-Gehälter senken!

Alle Parteien gegen KPÖ-Antrag



Die steirische KPÖ forderte im Landtag, die Spitzenbezüge der Politiker in der Steiermark um durchschnittlich 30 % zu senken. Alle anderen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) stimmten gegen

den Antrag. Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ behalten maximal 2300 Euro aus ihren politischen Bezügen, der Rest wird Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Bessere Unterstützung für Kinderferien

KPÖ-Landtagsabgeordnete Klimt-Weithaler freut sich über kinderfreundliche Maßnahme des Landes.

In den letzten Jahren wurden von der steirischen Landesregierung mehrere Kürzungen vorgenommen, die Kinder und Jugendliche getroffen haben. Bei Erholungsaktionen für Kinder konnte auf Antrag der KPÖ aber endlich eine Verbesserung erzielt

werden. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Kindererholungsaktionen sind für viele Kinder aus Familien mit geringem Einkommen die einzige Möglichkeit, die Ferien außerhalb der eigenen vier Wände zu verbringen. Dass der Zugang dazu nun erleichtert wird, ist zwar nur ein kleiner Schritt im Kampf gegen Kinderarmut, aber für die einzelnen Kinder und Jugendlichen kann es sehr viel bedeuten.“

Protestaktion gegen Verkauf der Flächen von Alt-Grottenhof



Am 11. Dezember beschloss der Landtag mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ den Verkauf der 5 Hektar großen Fläche von Alt-Grottenhof und setzte sich damit über die Köpfe der Wetzelsdorfer hinweg (Volksbefragung vor einem Jahr: 96,5% für den Erhalt). Gut 60 Leute, viele davon aus Wetzelsdorf, folgten dem Aufruf der KPÖ und protestierten gemeinsam vor dem Landhaus. Trotz des Verkaufs können die Flächen nicht so schnell verbaut werden. Für eine Umwidmung in Bauland ist der Grazer Gemeinderat zuständig. Hinter vorgehaltener Hand wird im Landhaus gemunkelt, dass der Kaufvertrag über zusätzliche Klauseln verfügt. Der Antrag von KPÖ-LAbg. Werner Murgg, den Kaufvertrag von Seiten des Landesrechnungshofs prüfen zu lassen, wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt. „Anscheinend gibt es etwas zu verbergen“, so Murgg über die Heimlichtuerei der Regierungsparteien.

Spitalschließungen: Volksbefragung im Bezirk Liezen

Geht es nach Spitalslandesrat Drexler (ÖVP), soll es im Bezirk Liezen statt der bisher bestehenden Krankenhäuser in Schladming, Bad Aussee und Rottenmann bald nur mehr ein Leitspital in Stainach-Pürgg geben. Jetzt ist Bewegung in die Angelegenheit gekommen: Es gibt eine Volksbefragung.

Die Frage: „Soll es im Bezirk Liezen anstelle der bestehenden drei Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming nur mehr ein zentrales „Leitspital“ geben?“

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Volksbefragung gibt den Menschen die Chance, NEIN zur Verschlechterung der Gesundheitsversorgung zu sagen.“

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Schlechte Chancen für Jugendliche



Am 11. Dezember hat der steirische Landtag das Budget für die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Für 2019 sind rund 5,88 Milliarden Euro an Ausgaben vorgesehen, für 2020 5,98 Milliarden. Die Neuverschuldung beträgt im ersten Jahr 132 Mio. Euro, im zweiten rund 45 Millionen. Trotzdem werden wieder Leistungen für die Bevölkerung gekürzt – „ausgabenseitiges Sparen“ nennt das die Regierung beschönigend.

„Gespart“ wird oft auf äußerst fragwürdige Weise, zum Beispiel bei Kindern und Jugendlichen. 2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 2017 waren es bereits 51.000. Diese Kinder werden wesentlich schlechtere Chancen im Leben haben und später viel öfter selber von Armut betroffen sein als junge Menschen, die in sicheren und behüteten Verhältnissen aufwachsen.

Nicht immer kann das die Politik garantieren, aber sie kann die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. In der Steiermark passiert aber das Gegenteil, seit 2011 wurden Leistungen für sozial benachteiligte Kinder gekürzt oder ganz abgeschafft.

Langfristig muss es eine dauerhafte Absicherung geben, um Kinderarmut zu verhindern. Es muss aber auch Sofortmaßnahmen geben. Entsprechende Anträge der KPÖ wurden ohne große Diskussion einfach niedergestimmt. Diese Blindheit der Regierungsparteien wird sich rächen. Kinder und Jugendliche können nicht wählen. Deshalb sind wir ihnen eine verantwortungsvolle Politik und unseren vollen Einsatz schuldig.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Haben Sie ein Anliegen? Ich bin für Sie da:
Claudia Klimt-Weithaler, Tel. 0316 / 877-5104
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
– Ausfüllen von Formularen.
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz



WINTERWOCHE in St. Radegund

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: ab € 66,-*

* bei Kombiangebot, abzgl. Landeszuschuss
Wochenpreis ohne Zuschuss € 199,-



Auskunft und Anmeldung:



Mehlplatz 2/2, 8010 Graz

Tel.: 0316/82 90 70

Fax: 0316/82 90 70-2

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

KOMMENTAR

Von GLB-KPÖ
AK-Rat Kurt
Luttenberger



Arbeiterkammer: wichtiger denn je

Ein Jahr ist die Schwarz-Blaue Bundesregierung nun im Amt. Unter dem Deckmantel sogenannter Reformen werden zahlreiche Verschlechterungen umgesetzt. Leistungskürzungen drohen uns nicht nur bei der Krankenversicherung. Und gerade diejenigen, die vorgeben, bei der Verwaltung und den Funktionären zu sparen, denken laut über weitere Privilegien nach. Kaum war die „Krankenkassenreform“ beschlossen, wälzte die Bundesregierung schon Pläne die Sitzungsgelder für Kasenfunktionäre drastisch zu erhöhen. Statt 42 Euro pro Sitzung sollten es nun 1.000 Euro pro Monat sein. Dafür, dass dies großteils an die eigenen Parteigänger gehen würde, hatte man mit der Änderung der Zusammensetzung der Gremien zuvor schon gesorgt. Zurückgerudert ist man erst, als in der Öffentlichkeit ein katastrophales Bild entstanden ist.

Und noch so eine Geschichte. Ingrid Korosec – die ÖVP Seniorenbundchefin – fordert ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter als 65. Bereits 2003 berichtete der Standard über die damals 62-jährige Korosec, dass sie zusätzlich zu ihren 4.206 Euro als Gemeinderätin eine Politikerpension in Höhe von monatlich 8.928 Euro bezog.

Es braucht jemanden, der dies aufzeigt und dagegen ankämpft. Die nächste Gelegenheit, diese Stimme zu stärken, heißt, bei der AK-Wahl vom 28.3.-10.4. GLB-KPÖ wählen.

Kurt Luttenberger

Arbeiterkammer-Wahl 2019

Das Stadtblatt hat zwei Kandidat/inn/en der Liste GLB-KPÖ – Hilde Tragler und Franz Kahr – gefragt, warum ihnen die AK wichtig ist.

Hilde, du arbeitest bei Magna und bist seit einigen Jahren GLB-KPÖ Arbeiterkammerrätin. Was kannst du in die Arbeiterkammer einbringen.

Hilde Tragler: Ich werde im Betrieb tagtäglich mit den Problemen der Kolleginnen und Kollegen konfrontiert, ich möchte dafür sorgen, dass diese Anliegen auch weiter in der AK eine Rolle spielen.

Franz, du arbeitest im Handel, was sind da die Herausforderungen?

Franz Kahr: Die Arbeitszeiten sind mit Familie und Kindern oft schwer zu vereinbaren. Auch an Samstagen muss gearbeitet werden und vor Weihnachten ist es natürlich besonders stressig. Dabei sind die Gehälter im Vergleich zur Industrie gering.

Braucht es dazu die AK?

Hilde Tragler: Gerade die neue Regierung hat mit dem Arbeitszeitgesetz und dem 12-Stunden-Tag bewiesen, wie wichtig es ist, dass wir Vertreter haben, die auf der richtigen Seite stehen, um



Franz Kahr und Hilde Tragler im Gespräch

die Arbeiterrechte zu verteidigen.

Du kandidierst zum ersten Mal bei einer AK-Wahl für die Liste GLB-KPÖ. Wie kam es dazu?

Franz Kahr: Ich finde eine starke Arbeiterkammer und Gewerkschaft sind etwas ganz Wichtiges. Ich habe durch meine Mutter schon früh mitbekommen, dass es den GLB gibt und was er macht. Da war es dann naheliegend, dass ich mich beim GLB engagiere.

Was ist dir im Bezug auf die Arbeitswelt wichtig?

Franz Kahr: Am wichtigsten finde ich ein Gehalt, von dem man gut leben kann. Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, soll auch anständig davon leben können.

Was ist dein Ziel für die AK-Wahl?

Hilde Tragler: Ich wünsche mir eine starke AK, die sich lauter und stärker dagegen wehrt, dass immer mehr Rechte der arbeitenden Menschen aufgegeben werden. Darum gilt es, an der AK-Wahl teilzunehmen und Liste 5 - GLB-KPÖ zu wählen.

Diskussion

Freitag, 8. Februar

18.30

im Volkshaus Graz,
KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a



FREItalk

es diskutieren:

Christian Lager (Volkswirt)

Josef Muchitsch (Gewerkschaft Bau-Holz)

Werner Murgg (KPÖ-Steiermark)

Gernot Pagger (Geschäftsführer IV-Steiermark)

Globalisierung:

Konzerne gegen Arbeiterrechte?

Arbeiter sind keine Fabelwesen

Warum sich fortschrittliche Bewegungen vorrangig um die Arbeitswelt kümmern

Auf dem Meinungsmarkt haben folgende Behauptungen Hochkonjunktur: 1. Es gibt fast keine Arbeiter mehr. Und 2. Sehr viele Arbeiter sind dumm, weil sie die FP wählen. Natürlich drückt man das in wohlgesetzten Worten aus. Man verfolgt damit aber ein Ziel: Fortschrittliche Bewegungen sollen sich nicht mehr vorrangig um die Arbeitswelt kümmern. Arbeiter sind aber keine Fabelwesen.

Gibt es wirklich fast keine Arbeiter mehr? Wenn man die Dinge global betrachtet, dann stimmt diese Aussage ganz und gar nicht. Es hat weltweit noch niemals so viele Arbeiterinnen und Arbeiter gegeben wie jetzt. Das hängt mit der Industrialisierung in Kontinenten wie Asien und Afrika und mit der Auslagerung einfacher Produktionsvorgänge in die dritte Welt zusammen. Dort kann man Tag für Tag beobachten, was Ausbeutung von Lohnarbeitern bis ins einundzwanzigste Jahrhundert hinein bedeutet.

Aber auch bei uns nimmt die

Zahl der Lohnabhängigen und der Arbeiter im engeren Sinn nicht ab. Allerdings verändert sich die Zusammensetzung der Arbeiterschaft: Mit der Entwicklung der Technik (genauer gesagt der Produktivkräfte) wandeln sich die Arbeitsvorgänge von der Herstellung von Produkten durch Handarbeit zur Kontrolle der Produktionsvorgänge. Arbeiter sind heutzutage gebildeter und umfassender interessiert als ihre Vorfahren vor 100 Jahren. Und Arbeiten, die sich nicht so einfach ändern lassen, werden vorrangig von Menschen gemacht, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Man braucht nur an einer Baustelle vorbeizugehen oder an einer Supermarktkassa zu stehen, dann wird man das bemerken.

Zwei Drittel: Streiks gerechtfertigt.

Auch der Interessengegensatz zwischen den Eigentümern von Fabriken und Konzernen und ihren Beschäftigten wird bei jedem Stellenabbau und jeder Betriebssperre sichtbar. Und im Kampf um jede Lohnerhöhung. Dieser Widerspruch ist nicht verschwunden, er wird in der medialen Öffentlichkeit nur für nicht vorhanden erklärt.

In der Bevölkerung, bei den arbeitenden Menschen, ist eine Keimform des Bewusstseins für diesen Gegensatz aber vorhanden. Das hat eine Umfrage im Dezember gezeigt. 64 Prozent der Gesamtbevölkerung halten die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft und auch die Warnstreiks für gerechtfertigt. Bei den FP-Wählern sind dies immerhin noch 59 Prozent. (Profil, 17. 12. 2018). Zwei Drittel der Bevölkerung gehen



Die Arbeiter schaffen alle Werte, unabhängig von Geschlecht oder Nation. Daher sollten ihnen die Früchte ihrer Arbeit zugute kommen.

der Meinungsmache von Wirtschaftsband und Industriellenvereinigung nicht auf den Leim.

Wie ist das aber mit der FP und den Arbeitern? Allgemein gesehen sieht man ein gespaltenes Wahlverhalten: Bei Betriebsrats- und AK-Wahlen gibt es deutliche Mehrheiten für Listen, die mit der Arbeiterbewegung in Verbindung stehen, bei allgemeinen Wahlen ist das seit einiger Zeit nicht mehr so.

Arbeiter entscheiden Wahlen

Warum? Das ist zu erklären. Die SPÖ hat als Regierungspartei die Arbeiter enttäuscht und selbst Sozialabbau betrieben. Dabei ist sie eine Gefangene der EU, die diesen Sozialabbau vorschreibt. Die FP hat in der Opposition diese Enttäuschung aufgegriffen und so getan, als würde sie für „unsere Leute“ da sein. In der Regierung macht sie aber das genaue Gegenteil. Deshalb hat es bei der Einführung des 12-Studentages eine große Unruhe unter den facebook-Freunden von Vizekanzler Strache gegeben. Wenn diese Menschen merken, dass die Einschnitte bei der Mindestsicherung auch sie selbst treffen und nicht allein die Ausländer, wird sich die Entfremdung von der FP noch verstärken. Der Rückgang

der FP in einigen Umfragen ist ein erstes Indiz dafür.

Übrigens: Die ärgsten Rassen in der FP-Anhängerschaft kommen immer noch aus den Burschenschaften und aus kleinbürgerlichen Kreisen, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben.

Wen werden die Arbeiter aber dann wählen? Wieder die SP, die in der Regierung versagt hat, die Grünen oder gar die neoliberalen NEOS? Werden sie gar nicht zur Wahl gehen? Oder sehen einige von ihnen die KPÖ und den GLB als sinnvolle Alternative an? Die Antwort auf diese Frage kann Wahlen entscheiden. Arbeiter sind nämlich keine Fabelwesen. Es gibt sehr viele von ihnen.

Franz Stephan Parteder

Die richtige Kammer

ÖVP und FP wettern in der Öffentlichkeit gegen den Kammerstaat und sagen, dass ihre Reformen den Einfluss der Kammern zurückdrängen sollen. Jetzt hat man neue Stellen geschaffen: Standortwälder im UVP-Verfahren. Das übernehmen künftig die Landeskammern der Wirtschaftskammer. Wenn das kein Kammerstaat ist! Macht nichts: ÖVP und FP sind nur gegen **eine** Kammer: Gegen die Arbeiterkammer.

DENKZETTEL

gegen
**12-Stunden-Tag
Leistungsdruck
Teuerung
Sozialabbau**

LISTE 5 ~~Ö~~ GLB-KPÖ

Arbeiterkammer-Wahl 2019

28. März – 10. April

www.glb-kpoe.at

BUCHTIPP

Von Leo Kühberger

**Jerome Leroy:
Die Verdunkelten**

Man sagt, dass Mes den meisten Menschen leichter fällt, sich das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorzustellen. Das kommt nicht zuletzt daher, dass die Kunst, insbesondere die Literatur, anders als in früheren Krisenzeiten der Menschheitsgeschichte, sich nicht mehr darum bemüht, andere, bessere Welten zu imaginieren. Es ist aber kein Zufall, dass es gerade ein Krimi ist, der, nur in Andeutungen, aber dann doch, Umriss eines, wie es im Roman genannt wird, „Zeitalters der Sanftmut“ andeutet. Zufall ist es deshalb keiner, weil es im französischen Krimi schon lange eine Tradition gibt, die sich der sozialen und politischen Realität annimmt, und es nicht selten ehemalige Militante sind, die sich der Überwindung dieser Realitäten verpflichtet sehen, und nach ihren „Street-Fighting-Years“ den „roman noir“ als Ausdruck dieses Begehrens gewählt haben.

Das Szenario, das Jerome Leroy in seinem neuen Roman entwirft, ist dann aber doch überraschend. Die Menschen gehen einfach weg, sie „verdunkeln“ sich und lassen dieses „präfaschistische Disneyland“, wie einer der Protagonisten des Romans die aktuelle Phase des „Warenkapitalismus“ nennt, hinter sich. Diese „Verdunkelung“ bleibt lange unbemerkt, weil die Geheimdienste mit den Anschlägen von Islamisten und den Mobilisierungen von Rechtsextremen auf der einen Seite und Streiks und Protesten auf der anderen Seite alle Hände voll zu tun haben. Leroy ist ein genauer Beobachter gesellschaftlicher Entwicklungen und hält daran fest, dass am Ende nicht die Barbarei kommen muss, sondern ein Kommunismus, der „sexy und poetisch (ist) und an einem Badeort spielt“. Ganz ungefährlich ist die Lektüre nicht, denn man kann sich dabei des Gefühls nicht erwehren, genau das tun zu wollen, einfach wegzugehen, sich zu verdunkeln, diese Welt hinter sich zu lassen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Bücher wie dieses im Buchhandel und nicht bei Thalia, amazon oder Morawa erworben werden sollten.

Jerome Leroy: Die Verdunkelten, Hamburg 2018, 220 Seiten, 18 Euro.

**EU-Kommission: Richter über Stadtentwicklung?**

Dienstleistungsrichtlinie wird verschärft – Städte müssen bei EU im Voraus um Erlaubnis fragen

Muss die Stadt Graz künftig die EU-Kommission in Brüssel um Erlaubnis fragen, wenn sie den Wildwuchs an Supermärkten eindämmen will?

Eine geplante Verschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht das vor. Im Rahmen von neuen Regeln für den EU-Binnenmarkt will die EU-Kommission das Recht, Gesetze und andere Maßnahmen zu bewilligen oder abzulehnen. Demokratisch beschlossene Gesetze können durch einen einfachen Beschluss der EU-Kommission aufgehoben werden – dieses Recht will sich die Kommission mit der sogenannten Notifizierungsrichtlinie einräumen lassen. Der Vorschlag für diese Richtlinie ist derzeit im Gesetzgebungsverfahren zwischen Rat der EU und Europa-Parlament. Davon wären unter anderem die Bereiche Stadtplanung, Flächenwidmung, Wohnungswesen, Energie- und Wasserversorgung oder Abfallwirtschaft umfasst. Grundlage für diesen Vorstoß ist die Dienstleistungsrichtlinie der EU, die im Jahr 2006 nach heftigen EU-weiten Protesten in entschärfter Form angenommen worden ist. Jetzt will man still und heimlich die Entscheidungsmacht in wichtigen Fragen in Brüssel zentralisieren. Das meldet die Website „Corporate Europe Observatory“.

Worum geht es?

Mit der nach dem damals zuständigen EU-Kommissar Bolkestein benannten Dienstleistungsrichtlinie sollte der unbeschränkte Binnenmarkt auch bei den Dienstleistungen bis hin zur Daseinsvorsorge durchgesetzt werden und Lohndumping in großem Stil ermöglichen. Dagegen gab es erheblichen Widerstand. Auch der Grazer Gemeinderat wandte sich im Oktober in einer einstimmig beschlossenen Resolution dagegen. Der im Jahr 2006 beschlossene Text sieht Ausnahmen für die Leistungen der Da-



Es trifft ein, was die steirische KPÖ bereits 2006 gesagt hat: „Die EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen. Das ist ein Generalangriff auf Sozialstandards, Löhne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge.“

sinsvorsorge vor. Abgesehen von diesen Ausnahmen gilt er grundsätzlich für alle kommunalen Leistungen der Daseinsvorsorge: von der Müllentsorgung über die Reinigungsdienstleistungen bis hin zu den sozialen Leistungen.

Seither müssen die Gemeinden sehr viel Phantasie aufwenden, um eine europaweite Ausschreibung von Buslinien oder von anderen Dienstleistungen vermeiden zu können.

Drei Monate im Voraus!

Die neue Entwicklung bedeutet, dass alle Entscheidungen von Gemeinden bei der EU-Kommission gemeldet werden sollen, die dadurch direkt in die Entwicklung von kommunalen Dienstleistungen eingreifen könnte.

Bisher können Regelungen, die gegen EU-Recht verstoßen, in einem Vertragsverletzungsverfahren mit Klage beim Europäischen Gerichtshof geprüft werden. In Zukunft will die EU-Kommission aber durch einen einfachen Beschluss solche Regelungen außer Kraft setzen können. Ein solches Beschlussrecht würde bedeuten, dass die Kommission von Parlamenten beschlossene Gesetze der Mitgliedstaaten einfach außer Kraft setzen kann.

Der Gemeinderat von Amsterdam hat dagegen protestiert: In einer am 28. September 2018 einstimmig beschlossenen Resolution wird betont, dass das Vorhaben die Autonomie der

Gemeinden betrifft und eine Bedrohung der kommunalen Demokratie darstellt. Bereits 75 europäische Organisationen und Gemeinden haben gegen den Plan der EU-Kommission Stellung genommen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) protestiert dagegen.

Künftig sollen die Städte die EU-Kommission schon drei Monate vor der geplanten Beschlussfassung informieren. Wenn sie mit dem Vorschlag nicht einverstanden ist, soll sie einen Alarm – beispielsweise nach Graz – schicken und Änderungen anordnen. Wenn die Gemeinde nicht nachgibt, hat sie Pech gehabt und wird gezwungen, eine Regelung zu beschließen, die man vor Ort nicht will.

Dieser Vorstoß hebelt die Demokratie im Bereich der Dienstleistungen aus und führt durch die Hintertür genau das ein, was seinerzeit durch die Proteste der Öffentlichkeit und der Gewerkschaften verhindert worden ist.

Besonders gefährlich: Seit einem Urteil des EU-Gerichtshofes vom 26. März 2018 fallen auch Flächenwidmung und Stadtplanung in den Bereich der Dienstleistungsrichtlinie. Die EU-Kommission würde auch in diesem Bereich das letzte Wort erhalten, vielleicht nicht bei jedem Bebauungsplan, aber sie könnte langfristige Entwicklungspläne blockieren, die sich gegen große Supermärkte richten.

DIE ANSICHTEN DES HERRN B.

BERTOLT BRECHT gelesen von Peter Uray

& musikalisch umrahmt von Lothar Lässer

Freitag, 22. Februar 2019, 19 Uhr

Eintritt: freiwillige Spende. Benefiz für die Ferienaktion von Kinderland Steiermark



KALENDER

AFGHANISTAN – EIN SICHERES HERKUNFTSLAND?

VORTRAG von Dr. Ghulam Mohsenzada über die aktuelle Lage Afghanistans und der afghanischen Flüchtlinge in Österreich und über die Situation der progressiven und linken Kräfte in Afghanistan.

Donnerstag, 24. Jänner 2019, 19:30 Uhr

VOLKSHAUSREDOUTE

DER BALL FÜR ALLE mit ALPHAMIX und KARACHO MIT KIRSCHKE zu Mitternacht. Benefiz für Grazer Sozialeinrichtungen. Eintritt: Freiwillige Spende.

Samstag, 26. Jänner 2019, 20 Uhr

im Volkshaus Graz

SMART METER – FORTSCHRITT ODER FALLE?

INFO-ABEND mit Dr. Karl-Heinz Kettl (AK Steiermark), Dipl.-Ing. Erich Slivniker (technischer Geschäftsführer Stromnetz Graz) und Rudolf Schober (Solidarwerkstatt). Moderation: Kurt Luttenberger

Freitag, 1. Februar 2019, 18 Uhr. Eine Veranstaltung des KPÖ-Gemeinderatsklubs in Zusammenarbeit mit dem GLB Steiermark

GLOBALISIERUNG: KONZERNE VS. ARBEITERRECHTE | FREItalk

DISKUSSION mit Christian Lager (Volkswirt, Uni Graz), Josef Muchitsch (Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz), Werner Murgg (Landtagsabgeordneter der KPÖ Steiermark) und Gernot Pagger (Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Steiermark)

Freitag, 8. Februar 2019, 18:30 Uhr

DER MARKTGERECHTE PATIENT

FILMVORFÜHRUNG UND DISKUSSION: »Der marktgerechte Patient« (D, 2018) beleuchtet unhaltbare Zustände in deutschen Krankenhäusern als Folge der Ökonomisierung des Gesundheitswesens.

Im Anschluss Diskussion mit Gesundheitsexpertinnen und -beschäftigten.

Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr

Wir freuen uns auf Ihr Kommen
im KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

3x Marx to go! Gratis – aber nicht umsonst.

Gleich dreifach haben wir zum neuen Jahr Marxismus für daheim im Angebot:

- 100 Jahre KPÖ Steiermark
- Das Kommunistische Comic-Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels mit Zeichnungen von Karl Berger
- Karl-Marx-Kongress. Nachlese

Bildungsverein der KPÖ Steiermark

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel.: 0316 712959

E-Mail: bildungsverein@kpoe-steiermark.at
kpoe-bildungsverein.at

Wir senden sie Ihnen kostenlos zu.





Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Preiserhöhung bei Öffis

Die ÖBB haben zuletzt ihre Fahrpreise um durchschnittlich 1,9 Prozent angehoben, was nahe an der letztjährigen Inflationsrate von 2,08 Prozent liegt. Die Tarife des steirischen Verkehrsverbundes sind hingegen am 1. Juli um durchschnittlich 3,68 Prozent gestiegen. Als „Erfolg“ wurde verkauft, dass die Verbundtarife künftig jährlich nur mehr um das 1,5-fache statt um das 1,75-fache der Teuerungsrate steigen sollen. Die Politik sollte endlich durchsetzen, dass der Verbund nicht länger als Preistreiber fungiert.

Viktor Pölzl

eine lange Tradition des „Waldbadens“. Die Japaner erforschen die medizinische Wirkung des Waldes auf den Menschen.

Peter Handke schreibt: „Vor allem hab Zeit und nimm Umwege. Lass dich ablenken... überhör keinen Baum...“. Das hat für mich etwas mit Naherholung zu tun. Die Seele baumeln zu lassen im Wald. Nach Möglichkeit ohne Lärm. Dass der Plabutsch und der Thalersee mit einer Seilbahn erschlossen werden sollen, hat wenig von dieser heilenden Wirkung, von der Handke schreibt.

Bei der Form der Erschließung, die Bürgermeister Nagl vorschwebt, geht es um Massenabfertigung in Gasthäusern mit Blick auf Graz oder auf den See. Und wenn es keine Massen werden, ist es für die künftige Grazer Generation ein Loch, das sie immer wieder

mit Geld auffüllen dürfen. Das ist nicht nachhaltig und zerstört viele Hektar Wald.

Ein guter Bürgermeister sollte auf die Menschen hören und das Gute im Auge behalten.

DI Franz Stiegler-Hameter

Naherholung und Lebensqualität

Im Grazer Westen entstehen derzeit sehr viele Wohnkomplexe. Hier wird es in nächster Zeit ein großes Einwohnerwachstum geben. Ein wirklich tolles Erholungsgebiet ist der Plabutsch, aber brauchen wir wirklich eine Gondel rauf? Derzeit funktioniert dort die Koexistenz von Wandern, Spazieren und Mountainbiken sehr gut. Wo ich zustimme, ist, dass eine Aufwertung des Thalersees schön wäre – das kann man aber auch ohne Gondel realisieren.

Mehr Einwohner brauchen auch verstärkte verkehrstechnische Anbindung. Wären solche Projekte nicht wichtiger als eine Gondel? Wichtig wären auch Projekte zur Verbesserung der Luftqualität.

Es scheint, als ob Herr Nagl bzw. Schwarz/Blau immer öfter

Entscheidungen treffen, die völlig am Interesse der Bürger – vor allem der jungen – vorbeigehen (Wohnbau und Hotel am Rand des Stadtparks/Karmeliterplatz, Änderungen im Augarten und Schifffahrt ohne Befragung der Bürger...).

DI Michael Grubmüller

Plabutschgondel nicht sinnvoll

Die Einstiegsstelle für die Plabutschseilbahn ist an der Bergstraße/Göstinger Straße geplant. Dort sind hunderte Wohnungen. Schon jetzt ist alles verparkt. Wenn dann 140.000 Fahrgäste pro Jahr kommen, glaubt doch wirklich niemand ernsthaft, dass die mit den Öffis anreisen.

Um den Thalersee zu aktivieren, braucht es doch wirklich keine Seilbahn. Wie wäre es mit einer – in einem vernünftigen Intervall fahrenden – Busverbindung? Auf den Plabutsch kann man doch auch einen Wanderweg anlegen.

Mit dem Geld könnte man in Graz wirklich sinnvoller machen. Gabriela Kalinbacak

Naherholungsgebiet Plabutsch

Wir haben eine japanische Austauschschülerin bei uns in Graz Eggenberg. Japan hat schon



Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger:** Nach Bedarf, Anmeldung unter Tel. **0699 100 435 28.**

zu verkaufen:

Auch bei schwerster Behinderung: **Hebe-Einstiegs-hilfe (Marke TURNY evo) für PKW** (Anpassung über Fa Lopic, Reha-Technik) privat günstig zu verkaufen. - VB 7.500 Euro (Neupreis 12.000.-) Kontakt: 0664/2028 998.

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF



www.amsel-org.info

Pizzeria Contra Punto
Kosakengasse 9, 8020 Graz.

NÄCHSTE TREFFtermine:
13.1. und 6.2. 2019
17:00 Uhr bis 19:00 Uhr.
immer Mittwoch (14tägig)

VERANSTALTUNG:
Selbstermächtigung:
Mittwoch, 13. Februar 2019
von 19:00 bis 22:00,
KHG Leechgasse 24

Die ehrenamtlich rund um die Uhr betreute Hotline für arbeitslose Menschen

AMSEL-Hotline:
0681/102 703 42



The Mysterious Bluesmen

Sonntag 27.1.2019, 20.30 Uhr
Thomawirt, Leonhardstraße 40, 8010 Graz
Tel. 0316/328 637 – Eintritt freiwillige Spende

Die Band des Grazer Sängers und Gitarristen Christian Masser tritt eine musikalische Reise in die Blues-Clubs der Southside von Chicago und des Mississippi-Delta an. Songs von B.B.King, Muddy Waters, John Lee Hooker, Howlin' Wolf etc. - leidenschaftlich und kompetent dargeboten. Mit Gerhard Steinrück (Kontrabass) und Fabian Steinrück (Schlagzeug).

Gesunde Nachbarschaft 50+



Fotos: Ulla Sladek

50+ Treff

Sie sind über 50 und wohnen im Stadtteil Triester? Sie haben Lust, sich mit anderen zu treffen? Dann sind Sie beim 50+ Treff genau richtig.

Wann und wo
Jeden Dienstag, jeweils 14 – 17 Uhr
Stadtteilzentrum, Triesterstraße 66

Neue Leute sind immer willkommen!
Kommen Sie einfach beim 50+ Treff vorbei.
Barbara Predin, 0677/62 62 01 72,
Ulla Sladek, 0650/98 21 867

Gesunde Nachbarschaft – Engagement nachhaltig verankern ist ein gemeinsames Projekt von Stadtteilzentrum und Frauengesundheitszentrum.

FRAUENGESUNDHEITSCENTRUM STADTTEIL ZENTRUM
beraten, begleiten, bewegen

Gesunde Nachbarschaft – Engagement nachhaltig verankern wird gefördert aus Mitteln von
Bürgerhaushalt Graz, Fonds Gesundheit und Lebensqualität, Österreichischer Gesundheitsrat, Grazer Gesundheitsrat, GRAZ



RED:OUT Stammtisch.
Offener Stammtisch
jeden ersten Dienstag
im Monat
Di. 5. Feb 2019 - 18:30
Café Contra Punto,
Kosakengasse 9
Info: 0650 / 68 77 166
Jede/r ist willkommen!



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Oskar: Der einjährige, große English Bulldog Rüde ist sehr freundlich, aber auch stürmisch und braucht noch Erziehung. Er sucht nach Rassekennern ohne kleine Kinder und Katzen.



Aaron: Der 4 jährige Deutsch-Kurzhaar-Rüde Aaron kam wegen gesundheitlicher Probleme des Besitzers ins Heim. Er ist sehr freundlich und lebhaft und sollte aufgrund der Rasse in eine jagdhunderfahrene Familie kommen.



Leo: Der 6-jährige, kastrierte Schnauzermischling Leo stammt aus schlechter Haltung, ist aber ein lustiger, fröhlicher Hund geblieben. Er hat einen starken Charakter und benötigt deshalb jemanden, der Erfahrung mit Hunden hat.



Dorian: Der einäugige Dorian ist 8 Jahre alt und durch seine Behinderung etwas schüchtern. Aufgrund seines Handicaps sucht er ein gemütliches Plätzchen bei liebevollen Menschen.



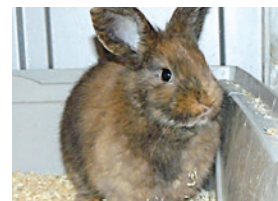
Halva: Die ca. 2 Jahre alte, ehemalige Streunerkatze Halva ist kastriert und wartet nur noch auf ein gutes Zuhause. Sie ist noch recht scheu und braucht Besitzer, die Geduld mit ihr haben.



Daphne ist ein kastrierte, zarte Katzendame, die ursprünglich eine Streunerkatze war und zusammen mit ihren Jungen ins Tierheim gebracht wurde. Sie ist sehr ängstlich und scheu und sucht nach einem Zuhause, wo man Geduld mit ihr hat und wo sie auch ins Freie kann.



Kaninchen **Quino:** Der große kastrierte Kaninchenrammler ist auf der Suche nach einem geräumigen Zuhause mit viel Grünfutter. Er benötigt natürlich auch Artgenossen, um sich wohl zu fühlen.



Kaninchen **Dolly:** Dollys Mama kam schon trächtig ins Tierheim. Die junge Kaninchendame wird einmal recht groß und freut sich schon auf ein schönes Zuhause mit Artgenossen!

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

- Die KPÖ-Mandatare spenden einen Großteil DAVON, um Menschen zu helfen. Seite 2
- ES wird immer teurer, schuld daran sind unter anderem Privatisierungen. Seite 4
- SIE sorgt für ein sicheres, geregeltes Überqueren von Fußgängerübergängen Seite 6
- ER soll durch die geplante Straßenbahn erschlossen werden, der Grazer ... Seite 9
- Früh übt sich: IHRE Gesundheitsprojekte werden jetzt ausgezeichnet. Seite 10
- Durch das neue Tarifsystem in Graz, wurde SIE für viele leistbarer. Seite 10-11
- Eine Maßnahme für Familien: Von IHM profitieren aber nicht alle. Seite 12
- Eine weitere Schnapsidee! SIE soll das Naherholungsgebiet Plabutsch-Thalensee erschließen. Seite 13
- DIESES praktische Fortbewegungs- und Transportmittel gibt es jetzt beim Volkshaus auszuleihen. Seite 15
- Ob grün oder blau: ES wird heuer wieder teurer, auch für Anrainer. Seite 16
- In diesem BEZIRK befindet sich das Traditionsgasthaus Wagner. Seite 17
- ER wird immer weniger in Graz, viele Großprojekte führen zum Verlust der wertvollen Flächen. Seite 18
- Diese Wahl findet heuer zwischen 28. März und 10. April statt. Seite 22
- Sie werden angeblich immer weniger, dabei gab es weltweit noch nie so viele von IHNEN. Seite 23

Senden Sie die Lösung an:
stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Unter den Einsendungen
werden Buchpreise verlost.

V 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

Der Ball für alle.

KPO

Volkshaus Redoute

mit **ALPHAMIX**
ab Mitternacht „Karacho mit Kirsche“

Eintritt: frei

Benefiz für Stadtteilzentrum Triester

26.1.2019

Samstag

20:00

Einlass: 19:00

Volkshaus Graz

Lagergasse 98a, 8020 Graz

Reservierung: 0316 712479

www.kpoe-graz.at